

FINANZEN UND STEUERN

FACHSERIE

14

Reihe 4

Steuerhaushalt

4. Vierteljahr und Jahr 1985

Statistisches Bundesamt
Bibliothek - Dokumentation - Archiv



HERAUSGEBER: STATISTISCHES BUNDESAMT WIESBADEN

VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH STUTTGART UND MAINZ

Herausgeber:
Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
6200 Wiesbaden

Auslieferung:
Verlag W. Kohlhammer GmbH
Abt. Veröffentlichungen des Statistischen
Bundesamtes
Philipp-Reis-Str. 3
6500 Mainz 42

Erscheinungsfolge: vierteljährlich

Erschienen im August 1986

Preis: DM 4,50

Bestellnummer: 2140400 - 85724

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe
unter Einsendung eines Belegexemplares gestattet.

Inhalt

Seite

Textteil

1	Allgemeine Hinweise zur Statistik	5
2	Methodische Erläuterungen zur Statistik	6
3	Wichtige Änderungen des Steuerrechts und der Steuerverteilung 1985	11
4	Zahlungsweise/-termine und Tarife bei den finanziell ergiebigsten Steuern, Stand Ende 1985	15
5	Bemerkungen zu den Ergebnissen	22

Tabellenteil

Ergebnisse für das 4. Vierteljahr 1985

1	Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vj 1985	
1.1	Nach Steuerarten v o r der Steuerverteilung	27
1.2	Nach Steuerarten n a c h der Steuerverteilung	28
1.3	Nach Ländern	29
1.4	Nach Steuerarten und Ländern	30
2	Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung im 4. Vj 1985	
2.1	Nach Steuerarten und Ländern	34
2.2	Nach Steuerarten, Körperschaftsgruppen und Ländern	36
2.3	Nach Körperschaftsgruppen und Ländern	39

Ergebnisse für das Kalenderjahr 1985

3	Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1985	
3.1	Nach Steuerarten v o r der Steuerverteilung	43
3.2	Nach Steuerarten n a c h der Steuerverteilung	44
3.3	Nach Ländern	45
3.4	Nach Steuerarten und Ländern	46
4	Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung im Jahr 1985 nach Steuerarten, Körperschaftsgruppen und Ländern	50
5	Kassenmäßige Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden n a c h der Steuerverteilung im Jahr 1985 nach Ländern bzw. Steuerarten	53
6	Ausgewählte Zeitreihen	
6.1	Entwicklung der volkswirtschaftlichen Steuerquote 1981 bis 1985	54

6.2	Entwicklung ausgewählter Steuerarten in den einzelnen Vierteljahren 1985.....	54
6.3	Aus dem Lohnsteueraufkommen geleistete Beträge 1976 bis 1985	55
6.4	Aus dem ESt-Aufkommen geleistete Erstattungen an Lohnsteuerpflichtige nach § 46 EStG 1976 bis 1985	55
6.5	Investitionszulagen 1976 bis 1985	55

Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet; sie schließen Berlin (West) ein.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts.
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

Abkürzungen

Mill.	= Million	Gv.	= Gemeindeverbände
Mrd.	= Milliarde	GG	= Grundgesetz
BGBI.	= Bundesgesetzblatt	i.d.F.	= in der Fassung
AfA	= Absetzung für Abnutzung	i.d.R.	= in der Regel
AO	= Abgabenordnung	dt	= Dezitonne (100 kg)
EG	= Europäische Gemeinschaften	l	= Liter
EGKS	= Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	hl	= Hektoliter
EFTA	= European Free Trade Association (Europäische Freihandelszone)	vT	= vom Tausend
EStG	= Einkommensteuergesetz	vH	= vom Hundert
		StMZ	= Steuermaßzahl

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

1 Allgemeine Hinweise zur Statistik

1.1 Bund und Länder

Rechtsgrundlage

§ 4 Nr. 1 des Gesetzes über die Finanzstatistik i.d.F. der Bekanntmachung vom 11. Juni 1980 (BGBl. I S. 673).

Tatbestand

Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder nach Steuerarten und Verteilung im Rahmen des Steuerverbunds gemäß Grundgesetz und entsprechender Ausführungsgesetze.

Periodizität

Monatliche Zusammenstellung und Berichterstattung

Kreis der Befragten

Oberfinanzdirektionen bzw. Finanzministerien der Länder - Bundesministerium der Finanzen - Statistisches Bundesamt

Veröffentlichungen

Bundesanzeiger
Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung
Dokumentation des Bundesministeriums der Finanzen

} monatlich

Statistisches Bundesamt:

Wochendienst = wöchentlich
Wirtschaft und Statistik = monatlich
Fachserie 14, Reihe 4 = vierteljährlich,

Statistische Landesämter

Statistische Berichte L II/1 = monatlich,
vierteljährlich

1.2 Gemeinden/Gemeindeverbände

Rechtsgrundlage

§ 4 Nr. 2 des Gesetzes über die Finanzstatistik i.d.F. der Bekanntmachung vom 11. Juni 1980 (BGBl. I S. 673).

Tatbestand

Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. nach Steuerarten und Verteilung im Rahmen des Steuerverbunds gemäß Grundgesetz und entsprechender Ausführungsgesetze.

Periodizität

Vierteljährliche Erhebung und Aufbereitung

Kreis der Befragten

Gemeinden/Kreisverwaltungen - Statistische Landesämter - Statistisches Bundesamt

Veröffentlichungen

Statistisches Bundesamt:
Wochendienst = wöchentlich
Wirtschaft und Statistik } vierteljährlich,
Fachserie 14, Reihe 4 }

Statistische Landesämter:

Statistische Berichte L II/2 = vierteljährlich

2.1 Kassenmäßige Steuereinnahmen

Kassenmäßige Steuereinnahmen sind die innerhalb eines bestimmten Zeitraums in die Kassen der Gebietskörperschaften fließenden Beträge, gleichgültig für welches Jahr sie geleistet wurden oder wann die Steuerschuld entstanden ist. Ohne Rücksicht auf periodengerechte Erfassung sind im Istaufkommen eines bestimmten Berichtszeitraums also Vorauszahlungen, Abschlußzahlungen und Nachzahlungen, Säumniszuschläge usw. enthalten, und zwar ggf. um Erstattungen gemindert. Auf die einzelnen Begriffe wird im Abschnitt 2.2 eingegangen, auf das Verhältnis zwischen Steuereinnahmen vor und nach der Steuerverteilung im Abschnitt 2.3.

Die Abgrenzung der in der vorliegenden Fachserienreihe vierteljährlich nachgewiesenen Steuereinnahmen gegenüber den Ergebnissen in Fachserie 14, Reihe 2 "Vierteljahreszahlen zur öffentlichen Finanzwirtschaft" ergibt sich aus 2.5 (Abgrenzung gegenüber anderen Statistiken).

2.2 Steuerberechnung und Steuerentrichtung

Der zeitliche Zusammenhang zwischen dem Zeitpunkt/Zeitraum, in dem sich die wirtschaftlichen und rechtlichen Vorgänge abspielen, an welche die Steuer anknüpft, und dem Zeitpunkt der Steuerentrichtung ist bei den einzelnen Steuern recht unterschiedlich. Er hängt einmal von der für die einzelne Steuer getroffenen gesetzlichen Regelung, zum andern von der Lage des Einzelfalls (z.B. Dauer der Veranlagungsarbeiten, Stundungsgewährung usw.) ab.

Für die Mehrzahl der Steuern ist der zeitliche Zusammenhang auch bei einem längeren Abrechnungszeitraum, wie er etwa bei Lohnsteuer und Umsatzsteuer (1 Jahr) gegeben ist, relativ eng (wegen der monatlichen Voranmeldung dieser Steuern siehe Abschnitt 4, der über Zahlungsweise und -termine der finanziell bedeutsamsten Steuern informiert). Erhebliche zeitliche Verzögerungen treten dagegen vor allem bei den Veranlagungssteuern vom Einkommen und Vermögen auf, deren erhebungstechnische Besonderheiten nachstehend skizziert werden.

Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung

- Veranlagungszeitraum

Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer:
1 Jahr.

Vermögensteuer: in der Regel 3 Kalenderjahre; letzte Veranlagung zum 1. Januar 1983 für die Jahre 1983 bis 1985 - sog. Hauptveranlagung. Eine zwischen 2 Hauptveranlagungszeitpunkten liegende "Neuveranlagung" oder "Nachveranlagung" findet nur unter bestimmten, im Vermögensteuergesetz näher definierten Voraussetzungen statt.

Je nach Steuerart beansprucht die Veranlagung - unter Berücksichtigung der Abgabetermine für die Steuererklärung - 8 bis 18 Monate (Vermögensteuer 1 bis 2 Jahre); nach Lage des Einzelfalls wird die Steuerschuld unter Umständen aber auch erst erheblich später festgestellt.

Wegen der Festsetzung der Steuermaßbeträge bei den Realsteuern, zu denen die Gewerbesteuer gehört, siehe Abschnitt 4.14 und 4.15.

- Vorauszahlungen/Teilzahlungen

Der Steuerpflichtige hat vierteljährliche Zahlungen auf die Steuerschuld des Veranlagungszeitraums (Einkommen- und Körperschaftsteuer), des Erhebungszeitraums (Gewerbesteuer) bzw. auf die Jahressteuerschuld (Vermögensteuer) zu entrichten. Sie belaufen sich in der Regel auf ein Viertel der Steuer, die sich bei der letzten Veranlagung ergeben hat¹⁾ - bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer nach Anrechnung der Steuerabzugsbeträge (Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer²⁾).

1) Bei der Vermögensteuer sind die in Höhe von einem Viertel der Jahressteuer geleisteten "endgültigen" Teilzahlungen von den Vorauszahlungen auf die noch nicht bekanntgegebene Jahressteuer zu unterscheiden. Die Zahlungsweise ist dieselbe.

2) Die anrechenbare Körperschaftsteuer rechnet zu den Einkünften aus Kapitalvermögen.

- Vorauszahlungsanpassungen

Das Finanzamt bzw. die Gemeinde kann die Vorauszahlungen an die Steuer anpassen, die sich für den Veranlagungszeitraum (Gewerbsteuer: Erhebungszeitraum, Vermögensteuer: Kalenderjahr) voraussichtlich ergeben wird. Die Anpassung kann noch bis zum Ablauf des auf den Veranlagungszeitraum folgenden Kalenderjahres (Einkommen- und Körperschaftsteuer) bzw. in dem auf den Erhebungszeitraum folgenden Erhebungszeitraum (Gewerbsteuer) vorgenommen werden. Bei nachträglichen Vorauszahlungserhöhungen ist der Erhöhungsbetrag/nachgeforderte Betrag innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Vorauszahlungsbescheids zu entrichten.

Für Zwecke der Gewerbesteuervorauszahlungen kann das Finanzamt den sich voraussichtlich für den laufenden oder vorangegangenen Erhebungszeitraum ergebenden einheitlichen Steuermaßbetrag festsetzen.

- Abschlußzahlungen

Auf die im Veranlagungsverfahren festgesetzte Steuer werden angerechnet

die für den betreffenden Veranlagungs-/Erhebungszeitraum (Vermögensteuer: das Kalenderjahr) entrichteten Vorauszahlungen; bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer nach Maßgabe des § 36 EStG ferner die durch Steuerabzug erhobene Steuer (soweit sie auf die bei der Veranlagung erfaßten Einkünfte entfällt) und die anrechenbare Körperschaftsteuer.

Ist die Steuerschuld größer als die Vorauszahlungen/Abzugsbeträge, so ist der Differenzbetrag - sogenannte Abschlußzahlung (Vermögensteuer: Nachzahlung) - kurzfristig an das Finanzamt/die Gemeinde zu entrichten. Ist sie kleiner, so erfolgt Rückzahlung an den Steuerpflichtigen.

Eine Rückzahlung oder Gutschrift kann die Folge überhöhter Vorauszahlungen (Vorauszahlungsanpassungen) und/oder geminderter Besteuerungsgrundlagen (z.B. rückläufiger Gewinne) sein. Bei der veranlagten Einkommensteuer kommt es in den Fällen, in denen Arbeitnehmer (Lohnsteuerpflichtige) wegen Inanspruchnahme des § 7 b EStG oder nach § 46 EStG zur Einkommensteuer veranlagt werden, häufig zu

Erstattungen. Die Erstattungen, die das Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer schmälern, tragen weitgehend den Charakter eines Lohnsteuerjahresausgleichs für Veranlagte. (Wegen des Lohnsteuerjahresausgleichs siehe Abschnitt 4.1).

Steuernachforderungen/-rückerstattungen

Sie sind u.a. bedingt durch

Betriebsprüfungen, die eine Neufestsetzung der Steuer erforderlich machen, richterliche Entscheidungen über Bestehen/Höhe der Steuerschuld, Stundung/Zahlungsaufschub.

Nachsteuer

Erhebung bei Steuertariferhöhungen der Verbrauchsteuern für bereits versteuerte Erzeugnisse in Höhe der Differenz zwischen altem und neuem Steuersatz zur Verhinderung von Steuervorteilen durch Vorratskäufe bei entsprechenden Lagerkapazitäten; Zahlungstermin in der Regel kurzfristig.

Aus dem Steueraufkommen geleistete Zulagen

Hierzu zählen z.B.

Arbeitnehmer-Sparzulagen nach dem 3. Vermögensbildungsgesetz,
Arbeitnehmerzulagen nach dem Berlinförderungsgesetz (BerlinFG),
Investitionszulagen nach dem Investitionszulagengesetz,
Zulagen gemäß § 19 BerlinFG.

2.3 Steueraufkommen und Steuerverteilung nach Art der Gebietskörperschaften

Gesetzliche Grundlage

Grundlage für die Zuordnung der Steuern zu den verschiedenen Arten von Gebietskörperschaften und für ihre endgültige Verteilung bilden Art. 106 und 107 GG i.d.F. des Finanzreformgesetzes (21. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 12. Mai 1969, BGBI. I S. 359) in Verbindung mit dem

- Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28. August 1969,

BGBI. I S. 1432, zuletzt geändert durch das Steuerentlastungsgesetz 1984 vom 22.12.1983, BGBI. I S. 1583,

- Gemeindefinanzreformgesetz in der Neufassung vom 28. Januar 1985, BGBI. I S. 201 (nebst Verordnungen über die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer),
- Zerlegungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 1971 BGBI. I S. 145, zuletzt geändert durch Art. 12 des Steuerbereinigungsgesetzes 1985 vom 14. Dezember 1984, BGBI. I S. 1493.

Verteilungsmodus

Es stehen zu (Steuereinnahmen vor der Steuerverteilung)

dem Bund:

das Aufkommen der in Tabelle 1.4 bzw. 3.4 unter lfd. Nr. 9 bis 24 aufgeführten Steuern (Bundessteuern),

den Ländern:

das Aufkommen der in Tabelle 1.4 bzw. 3.4 unter lfd. Nr. 26 bis 37 aufgeführten Steuern (Landessteuern),

Bund und Ländern gemeinsam:

das Aufkommen der in Tabelle 1.4 bzw. 3.4 unter lfd. Nr. 2 bis 7 aufgeführten Steuern (Gemeinschaftsteuern),

den Gemeinden:

das Aufkommen der in Tabelle 1.4 bzw. 3.4 unter lfd. Nr. 39 bis 41 aufgeführten Steuern (Gemeindesteuern).

Bestehen in einem Land keine Gemeinden, so steht das Aufkommen der Gemeindesteuern dem Land zu.

Es verbleiben/fließen zu (Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung)

den EG:

ab 1975: gesamtes Zollaufkommen der Bundesrepublik Deutschland (mit Ausnahme geringer EGKS-Zölle) und Teile des Umsatzsteueraufkommens³⁾.

3) Von 1975 - 1979 führte die Bundesrepublik Deutschland den EG die ihnen zustehenden eigenen Einnahmen (außer Agrarabschöpfungen und Zöllen) aufgrund einer Übergangsregelung (BSP-Schlüssel) zu; ab 1980 werden die Umsatzsteuerzahlungen an die EG nach Maßgabe eines bestimmten Prozentsatzes (höchstens 1 vH) - der auf EG-Ebene vereinbart - "gemeinsamen Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer" geleistet.

dem Bund:

die Bundessteuern (ohne Zölle),
42,5 vH der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer,
50 vH der Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer,
65,5 vH der Umsatzsteuern (abzüglich EG-Umsatzsteueranteil, abzüglich Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder),
50 vH der Gewerbesteuerumlage,

den Ländern:

die Landessteuern,
42,5 vH der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer,
50 vH der Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer,
34,5 vH der Umsatzsteuern (zuzüglich Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder vom Bund),
50 vH der Gewerbesteuerumlage,

den Gemeinden:

die Grundsteuern,
die Gewerbesteuer (abzüglich der Gewerbesteuerumlage),
15 vH der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer (Gemeindeanteil),
die örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern⁴⁾.

Wegen der bisher bei den Gemeinden noch nachgewiesenen Anteile an der Grunderwerbsteuer siehe Pkt. 2.5 (Nachweis der Grunderwerbsteuer ab 1983).

Aus der Fiktion eines getrennten staatlichen und kommunalen Bereichs für Hamburg und Berlin (West) - für Bremen ergibt sich die Trennung aus dem Status der beiden selbständigen Gemeinden Bremen und Bremerhaven - in der vorliegenden Statistik folgt:

Die Steuerüberweisungen zwischen beiden Bereichen werden brutto nachgewiesen. In den "Steuereinnahmen der Länder" sind die dem staatlichen Bereich, in den "Steuereinnahmen der Gemeinden" die dem gemeindlichen Bereich zugeordneten Steuern/Steuerüberweisungen der Stadtstaaten enthalten.

4) Das sind insbesondere Schankerlaubnis-, Jagd- und Fischerei-, Gemeindegetränke-, Kino-, übrige Vergnügungs-, Hundesteuer

Überschneidungen zwischen Steuereinnahmen vor und nach der Steuerverteilung

Die Steuereinnahmen vor und nach der Verteilung decken sich nicht, sondern differieren in den einzelnen Berichtszeiträumen um sehr unterschiedliche Beträge. Die Ursache hierfür liegt darin, daß der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, soweit er eine Ausgabe des staatlichen Bereichs zugunsten der Gemeinden darstellt, mit Ablauf des jeweiligen Berichtszeitraums in Höhe von 15 vH des Einkommensteueraufkommens feststeht und in dieser Höhe die Einnahmen des Bundes und der Länder nach der Verteilung im gleichen Berichtszeitraum mindert. Den Gemeinden fließen dagegen die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit einer zeitlichen Verzögerung von jeweils einem Vierteljahr zu; sie erhalten darüber hinaus im 4. Quartal eine zweite Vierteljahreszahlung, während im 1. Quartal des neuen Jahres nur Restbeträge auf die sog. Schlußabrechnung anfallen (siehe auch 4.16 und 4.17).

Für die von den Gemeinden abzuführende Gewerbesteuerumlage gilt derselbe Zahlungsrhythmus wie für den Gemeindeanteil; da Bund und Länder die Gewerbesteuerumlage jedoch zu den gleichen Terminen einnehmen, zu denen die Gemeinden sie abführen, ergibt sich zwischen staatlichem und gemeindlichem Bereich hier keine zeitliche Überschneidung.

Von dem skizzierten Darstellungsmodus weichen einige Länder ab: Hamburg, Bremen, Berlin (West) und Rheinland-Pfalz weisen den von den Gemeinden vereinnahmten Anteil an der Einkommensteuer ohne zeitliche Differenz nach, d.h. jeweils in Höhe von 15 vH der im gleichen Zeitraum aufgekommene Lohn-/veranlagte Einkommensteuer. Ohne Verzug gegenüber dem ihrer Berechnung zugrundeliegenden Gewerbesteuerertrag und Kapital wird ferner die Gewerbesteuerumlage von Bremen in Einnahme und Ausgabe und von Rheinland-Pfalz in Ausgabe (gemeindlicher Bereich) gemeldet.

2.4 Regionaler Verteilungsmodus

Einkommen- und Körperschaftsteuer

Für ihre Verteilung auf die einzelnen Bundesländer gilt grundsätzlich das Prinzip des örtlichen Aufkommens, modifiziert durch die Bestimmungen des Zerlegungsgesetzes aaO., das die aus der Wirtschaftskonzentration resultierenden Verzerrungen durch einen Zahlungsausgleich zwischen den Ländern mildert. Diese Verzerrungen entstehen vor allem dadurch, daß die Körperschaftsteuer von Unternehmen mit mehreren Betriebsstätten dem Land zufließt, in dem die Geschäftsleitung des Unternehmens ihren Sitz hat und ferner dadurch, daß die Lohnsteuer - wegen eines vom Wohnort abweichenden Beschäftigungsorts oder infolge des zentralen Abrechnungsverfahrens - vielfach nicht dem Land zufließt, in dem die Arbeitnehmer wohnen.

Umsatzsteuern

Die regionale Verteilung der Länderanteile erfolgt nach einem in § 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern festgelegten Schlüssel, der sowohl das Verhältnis der Einwohnerzahl in allen Ländern berücksichtigt als auch eine Mindestausstattung der steuerschwächeren Länder mit Steuereinnahmen vorsieht; die beiden Komponenten der Umsatzsteuer, nämlich Mehrwertsteuer und Einfuhrumsatzsteuer, sind nach der Steuerverteilung nicht mehr erkennbar.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Der Gesamtheit der Gemeinden eines Landes stehen 15 vH der im Land unter Berücksichtigung der Zerlegung aufgekommene Lohnsteuer und veranlagte Einkommensteuer zu. Der Anteil jeder einzelnen Gemeinde bestimmt sich nach ihrem Anteil an der Summe der im Rahmen der Bundesstatistiken über die Lohnsteuer und die veranlagte Einkommensteuer ermittelten Einkommensteuerbeträge, die auf zu versteuernde Einkommensbeträge bis zu 32 000, bei Zusammenveranlagung bis zu 64 000 DM entfallen.

Gewerbesteuerumlage

Sie wird für jede Gemeinde nach der Formel

$$\frac{\text{Istaufkommen der Gewerbesteuer E und K} \times 52}{\text{Hebesatz}}$$

für das Kalenderjahr ermittelt.

2.5 Verschiedenes

Jahresnachweis

Das Jahresergebnis wird ab Berichtsjahr 1981 durch Addition der vier Vierteljahre gebildet. Dabei bleiben Änderungen unberücksichtigt, die sich durch nachträgliche Berichtigungen ergeben können.

Nachweis der Grunderwerbsteuer ab 1983

Nach Einführung des neuen Grunderwerbsteuerrechts zum 1. Januar 1983 behandeln die Länder den Teil des Grunderwerbsteueraufkommens, den sie ihren Kommunen überlassen, haushaltssystematisch unterschiedlich: Einige Länder verbuchen das Grunderwerbsteueraufkommen - mit Ausnahme von Abwicklungsbeträgen nach dem alten Recht (Zuschlag zur Grunderwerbsteuer) - voll als Landessteuer und überlassen ihren Gemeinden Teile davon als Zuweisungen, die in der vorliegenden Darstellung unberücksichtigt bleiben. Zu dieser Ländergruppe gehören Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen (ab 1984), Baden-Württemberg und Bayern. Andere Länder verbuchen nur den ihnen effektiv verbleibenden Teil als Landessteuer; den kommunalen Anteil verbuchen die Gemeinden/Gv. als originäre Steuereinnahmen. Zu diesen Ländern zählen Nordrhein-Westfalen, Saarland und Bremen. Eine Sonderstellung nehmen Hamburg und Berlin (West) (100 % Landesanteil) sowie Rheinland-Pfalz (100 % Kommunalanteil) ein. Aus den dargelegten Gründen ist der Einzelvergleich der staatlichen und kommunalen Anteile je für sich genommen gestört, es empfiehlt sich daher, nur das Grunderwerbsteueraufkommen insgesamt (staatliche und kommunale Anteile zusammengefaßt) zu Vergleichszwecken heranzuziehen.

Bei der Steuerverteilung unberücksichtigte Beträge

Nicht in den vorliegenden Nachweis der Steuerverteilung zwischen den Gebietskörperschaften aufgenommen wurden die vom Bund an finanzschwache Länder in Höhe von 1,5 vH des Umsatzsteueraufkommens geleisteten Ergänzungszuweisungen in Höhe von 1985: 1 647 Mill. DM bzw. 4. Vj. 1985: 435 Mill. DM (1984: 1 657 Mill. DM bzw. 4. Vj. 1984: 427 Mill. DM). Ebenfalls unberücksichtigt blieb die teilweise oder völlige Überlassung von Steuererträgen seitens der Länder an die Gemeinden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs.

Abgrenzung gegenüber anderen Statistiken

Zwischen den Nachweisungen der Steuereinnahmen (nach der Steuerverteilung) in den Fachserien 14, Reihe 4 (Steuerhaushalt) und Reihe 2 (Vierteljahreszahlen zur öffentlichen Finanzwirtschaft) bestehen - bedingt durch den z.T. unterschiedlichen Aufbau und Berichtsweg beider Statistiken - Differenzen, deren wichtigste nachstehend erläutert werden:

- EG-Anteile

Die in Fachserie 14, Reihe 4 eine besondere Ebene bildenden Einnahmen sind in den Ergebnissen der Fachserie 14, Reihe 2 nicht enthalten.

- Länderanteile Umsatzsteuern

Der Fachserie 14, Reihe 4 liegen die monatlichen Meldungen des Bundesministeriums der Finanzen zugrunde (siehe unter 2.4 "Umsatzsteuern"), die sich nicht auf das Haushaltsjahr, sondern auf das sog. Ausgleichsjahr beziehen, während die Fachserie 14, Reihe 2 die kassenmäßigen Ist-Ergebnisse der einzelnen Länder im Berichtsvierteljahr nach Abrechnung der Ansprüche des Landes aus der Umsatzsteuer und der Forderungen oder Verbindlichkeiten des Landes gem. Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern enthält.

- Gemeindesteuern

Die Gemeindesteuern der Stadtstaaten, in Fachserie 14, Reihe 4 im gemeindlichen Bereich einzeln aufgeführt, sind in Fachserie 14, Reihe 2 dem Bereich "Staat" zugeordnet und werden nur in einer Summe ausgewiesen.

- Steueranteile

Abweichungen in der Darstellung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuerumlage bei den Stadtstaaten erklären sich aus der Fiktion eines getrennten staatlichen und gemeindlichen Bereichs in Fachserie 14, Reihe 4 (siehe unter 2.3 "Verteilungsmodus").

- Weitere Differenzen erklären sich aus zeitlichen Überschneidungen bei der Abrechnung mit dem Bund bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer.

3 Wichtige Änderungen des Steuerrechts und der Steuerverteilung 1985

(ohne Änderungen, die nach dem 31.12.1985 in Kraft treten)

3.1 Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Förderung des schadstoffarmen Personenkraftwagens von 22.5.1985 (BGBl. I S. 784)

Das Gesetz, das am 1.7.1985 in Kraft getreten ist, enthält im einzelnen folgende steuerliche Maßnahmen:

- Pkw mit einem Hubraum ab 1 400 cm³ sind ab dem Tag der Anerkennung als schadstoffarm, frühestens ab 1.7.1985, zwischen 6 Monaten und 6 Jahren und 10 Monaten von der Kraftfahrzeugsteuer befreit. Die Befreiungsdauer wird bei Diesel-Pkw halbiert. Sie richtet sich im Einzelfall nach der Hubraumgröße und dem Tag der Anerkennung als schadstoffarm durch die Zulassungsbehörde. Befreiungsvoraussetzung ist, daß die Pkw vor dem 1.10.1988 (Hubraum über 2 000 cm³) bzw. vor dem 1.10.1991 (Hubraum ab 1 400 cm³ bis zu 2 000 cm³) als schadstoffarm anerkannt werden.
- Pkw mit einem Hubraum von weniger als 1 400 cm³ sind ab dem Tag der Anerkennung als bedingt schadstoffarm Stufe C, frühestens ab 1.7.1985, zwischen einem Jahr und drei Monaten und drei Jahren und sechs Monaten von der Kfz-Steuer befreit. Die Befreiungsdauer wird bei Diesel-Pkw halbiert. Sie richtet sich im Einzelfall nach der Hubraumgröße und dem Tag der Anerkennung als bedingt schadstoffarm Stufe C durch die Zulassungsbehörde.
- Nach Ablauf der Steuerbefreiung sowie bei Anerkennung nach Ablauf des Förderzeitraums unterliegen Pkw, die schadstoffarm oder bedingt schadstoffarm Stufe C sind, der Kfz-Steuer mit einem Steuersatz von 13,20 DM pro 100 cm³ Hubraum. Dieser Steuersatz gilt auch für Pkw, die bedingt schadstoffarm Stufe A oder Stufe B sind, im Falle der Stufe B aber nur für drei Jahre.
- Für nicht schadstoffarme (herkömmliche) Pkw wird die Kfz-Steuer ab 1.1.1986 von 14,40 Dm auf 18,80 DM (erstmalige Zulassung vor dem 1.1.1986) bzw. 21,60 DM (erstmalige Zulassung nach dem 31.12.1985) je 100 cm³ Hubraum erhöht.

3.2 Steuerbereinigungsgesetz 1985 vom 14.12.1984 (BGBl. I S. 1493)

3.2.1 Die hauptsächlichen Änderungen des Einkommensteuergesetzes und der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (Art. 3 und 4)

- Änderungen für die Seeschifffahrt im Rahmen des § 15 a EStG und des § 52 Abs. 21 EStG

Aufgrund einer Ergänzung des § 15 a EStG gilt die beschränkte Verlustverrechnung bei negativem Kapitalkonto auch für die sog. Partenreederei mit beschränkter Haftung (gesellschaftliche Sonderform in der Seeschifffahrt). Diese Regelung soll Bestrebungen entgegenwirken, die Partenreedereien der Publikumsfinanzierung zugänglich zu machen, indem bestimmte Formen der Einschränkung der persönlichen Haftung (§ 507 Abs. 1 HGB) der angeworbenen Mitreeder vereinbart werden, die eine Umgehung des § 15 a EStG ermöglicht hätten. Wegen der anhaltend schlechten Ertragslage der Seeschifffahrt und der Notwendigkeit der Finanzierung von Schiffsneubauten durch Publikums-Kommanditgesellschaften wurde außerdem die Übergangsregelung zu § 15 a EStG für die Seeschifffahrt, die nach bisheriger Rechtslage bis einschl. Wirtschaftsjahr 1989 bzw. 1989/90 galt, um fünf Jahre verlängert bis einschl. Wirtschaftsjahr 1994 bzw. 1994/95.

Gleichzeitig mit der Verlängerung wurde die Verlustzuweisungsquote auf 150 % der geleisteten Einlage beschränkt.

- Steuerliche Berücksichtigung von Kindern ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz
Als Folgeänderung aus der Änderung des Bundeskindergeldgesetzes (§ 2 Abs. 4 BKGG) werden ab 1985 Kinder steuerlich berücksichtigt, die das 16., aber noch nicht das 21. Lebensjahr vollendet haben, wenn sie eine Berufsausbildung mangels Ausbildungsplatzes nicht beginnen oder

fortsetzen können oder als Arbeitslose der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen, soweit die übrigen Voraussetzungen aus § 2 Abs. 4 BKGG für die Gewährung von Kindergeld vorliegen. Für einen Sohn, der den in § 2 Abs. 3 BKGG bezeichneten Wehrdienst, Zivildienst oder Polizeivollzugsdienst geleistet hat, schiebt sich die Altersgrenze des vollendeten 21. Lebensjahres um den in der genannten Vorschrift festgelegten Zeitraum hinaus.

- Kinderbetreuungskosten Alleinstehender
(§ 33 c EStG)

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 3.11.1982 § 32 a der Einkommensteuergesetze 1971 bis 1981 für verfassungswidrig erklärt, soweit einer durch zusätzlichen zwangsläufigen Betreuungsaufwand für Kinder verminderten steuerlichen Leistungsfähigkeit erwerbstätiger alleinerziehender Elternteile nicht hinreichend Rechnung getragen wird. Der Aufforderung des Bundesverfassungsgerichts, bis 31.12.1984 eine Neuregelung zu treffen, ist der Gesetzgeber durch das Steuerbereinigungsgesetz 1985 nachgekommen, indem er den Kinderbetreuungskostenabzug nach § 33 c EStG eingeführt hat.

Nach der neuen Regelung werden bei Alleinstehenden Kinderbetreuungskosten, die wegen Erwerbstätigkeit erforderlich sind, systemgerecht als außergewöhnliche Belastungen im Sinne des § 33 EStG berücksichtigt. Neben der Anrechnung der zumutbaren Belastung wird der Abzug durch nach der Kinderzahl gestaffelte Höchstbeträge begrenzt. Diese belaufen sich auf 4 000 DM für Alleinerziehende mit einem Kind und erhöhen sich für jedes weitere Kind um 2 000 DM. Gehört das Kind gleichzeitig zum Haushalt von zwei Alleinstehenden und steht es zu beiden in einem Kindschaftverhältnis, so wird eine Halbteilung vorgenommen. Die Höchstbetragsbegrenzung erscheint im Vergleich mit der steuerlichen Berücksichtigung von Unterhaltsaufwendungen geboten, die ebenfalls nur in begrenztem Umfang einkommensmindernd abgezogen werden können (z.B. nach § 33 a Abs. 1 und 2 EStG).

Die Altersgrenze für die in Betracht kommenden Kinder wird auf das 16. Lebensjahr festgesetzt, weil bei älteren Kindern ein zusätzlicher zwangsläufiger Betreuungsaufwand im Sinne des o.g. Urteils typischerweise nicht mehr anfällt. Ein Abzug von Kinderbetreuungs-

kosten ist grundsätzlich nur gerechtfertigt, wenn das Kind zum inländischen Haushalt des Steuerpflichtigen gehört.

Zu einer Steuerermäßigung können nur solche Aufwendungen führen, bei denen die Dienstleistungen der Betreuung der Kinder dienen, z.B. auch Aufwendungen wegen Hausaufgabenbetreuung. Aufwendungen für Unterricht einschl. Nachhilfeunterricht, die Vermittlung besonderer Fähigkeiten, sportliche und andere Freizeitbeschäftigungen stellen typischerweise keinen zusätzlichen zwangsläufigen Betreuungsaufwand dar, der Alleinerziehenden wegen ihrer Erwerbstätigkeit erwächst. Deshalb werden diese Aufwendungen von der einkommensteuerlichen Berücksichtigung ausgeschlossen.

Zum Personenkreis der Alleinstehenden zählen Unverheiratete sowie Verheiratete, die von ihrem Ehegatten dauernd getrennt leben. Als alleinstehend gelten auch Verheiratete, deren Ehegatte nicht unbeschränkt einkommensteuerpflichtig ist.

Für Kinderbetreuungskosten wird bei Alleinstehenden mit einem Kind mindestens ein Pauschbetrag von 480 DM im Kalenderjahr abgezogen. Der Pauschbetrag erhöht sich für jedes weitere Kind um 480 DM.

Liegen die Voraussetzungen für den Abzug von Kinderbetreuungskosten nur während eines Teils des Kalenderjahres vor, kann nur ein zeitanteilig gekürzter Höchstbetrag/Erhöhungsbetrag oder Pauschbetrag angesetzt werden.

- Bewertung von Edelmetallvorräten nach der Lifo-Methode (§ 74 a EStDV i.V.m. § 84 Abs. 4 a (neu) EStDV)

Aufgrund einer neuen Ermächtigung in § 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe Z EStG sind mit § 74 a EStDV (neu) Vorschriften über die Anwendung der Lifo-Methode bei der Bewertung von bestimmten Edelmetallen (Gold, Silber, Platin und Palladium) eingeführt worden (Bei der Lifo-Methode wird für den Wertansatz gleichartiger Gegenstände des Vorratsvermögens unterstellt, daß die zuletzt angeschafften oder hergestellten Gegenstände zuerst verbraucht oder veräußert worden sind (last in - first out)). Die Regelung wurde notwendig wegen der außergewöhnlich hohen Preissteigerungen der genannten Edelmetalle

im Jahre 1979. Die bisher allein mögliche Bewertung nach dem sog. Durchschnittsverfahren führte zu Bewertungsgewinnen, deren Versteuerung die Existenz der jeweils betroffenen Betriebe gefährdet hätte. Durch die schon bestehende Rücklagemöglichkeit nach § 74 EStDV konnte dem Problem nicht abgeholfen werden. Nachdem nunmehr auch im Wege der Billigkeit zugelassene zusätzliche besondere Rücklagen zur gewinnerhöhenden Auflösung anstehen, wurde die Gesetzesänderung notwendig.

3.2.2 Die hauptsächlichlichen Änderungen der übrigen Gesetze und Verordnungen

- Änderung des Wohnungsbau-Prämiengesetzes (Art. 5)

Die 1981 erfolgte Verlängerung der Bausparbindungsfrist von 7 auf 10 Jahre ist wieder rückgängig gemacht worden. Diese Maßnahme soll dazu beitragen, daß sich die Bausparer eher zum Bauen entscheiden. Außerdem soll der rückläufigen Baukonjunktur entgegen gewirkt werden.

- Änderung des Gesetzes zur Überleitung steuerrechtlicher Vorschriften für Erfinder (Art. 10)

In § 2 des Gesetzes ist die Geltungsdauer der Verordnungen über die einkommensteuerliche Behandlung der freien Erfinder vom 30.5.1951, die steuerliche Behandlung der Vergütungen für Arbeitnehmererfindungen vom 6.6.1951 und für die steuerliche Behandlung von Prämien für Verbesserungsvorschläge vom 18.2.1957 um vier Jahre bis zum 31.12.1988 verlängert worden.

- Änderung der Verordnung über die steuerliche Begünstigung von Wasserkraftwerken (Art. 14)

Die Verordnung über die steuerliche Vergünstigung von Wasserkraftwerken gewährt Wasserkraftwerken neben gewissen Vergünstigungen für die Bauzeit eine Ermäßigung um die Hälfte der gesetzlichen Beträge bei der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Vermögensteuer und Gewerbesteuer. Die Steuerermäßigung galt bisher bei Anlagen, mit deren Bau bis zum 31.12.1985 begonnen wird, für die Dauer von 20 Jahren seit dem Betriebsbeginn.

Der zeitliche Anwendungsbereich der Verordnung ist um 5 Jahre verlängert worden; sie gilt nunmehr für die Dauer von 20 Jahren für alle Anlagen, mit deren Bau bis zum 31.12.1990 begonnen worden ist.

- Änderung des Umsatzsteuergesetzes (Art. 17)

Das Umsatzsteuergesetz, mit dem zum 1.1.1980 vorrangig die 6. USt-Richtlinie der EG in das nationale Recht umgesetzt wurde, war in mehreren Punkten zu ändern und zu ergänzen. Die Änderungen waren teils in Anpassung an das EG-Recht erforderlich, teils wurden damit Vereinfachungen des Besteuerungsverfahrens eingeführt. Ferner wurden einheitliche umsatzsteuerliche Regelungen für die Überlassung von Gebäuden und Wohnungen zur Nutzung für private und öffentliche Zwecke geschaffen.

Außerdem ist die Mehrwertsteuroption für Bauherrenmodelle um drei Monate bis Ende März 1985 verlängert worden (§ 27 Abs. 5 UStG). Die Verlängerung der Option soll - wegen der auslaufenden Investitionszulage - einer Konjunkturschwäche im Baugewerbe entgegenwirken.

- Änderung des Rennwett- und Lotteriegesetzes (Art. 22)

Von der Lotteriesteuer befreit waren bisher von den zuständigen Behörden genehmigte Lotterien und Ausspielungen zu ausschließlich gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken, bei denen der Gesamtpreis der Lose einer Lotterie oder Ausspielung den Wert von 48 000 DM nicht überstieg. Wegen der seit dem Jahre 1974 eingetretenen Änderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse und im Hinblick auf die verfolgten förderungswürdigen Zwecke wurde diese Freigrenze nunmehr auf 75 000 DM angehoben.

Außerdem wurde die Steuerfreigrenze für alle anderen behördlich genehmigten Lotterien und Ausspielungen von 120 auf 200 DM erhöht. Diese Freigrenze hat in erster Linie Bedeutung für Lotterien und Ausspielungen auf Volksfesten und Jahrmärkten.

3.3. Erste Verordnung zur Änderung der Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung vom 30.7.1984 (BGBl. I S. 1053)

Durch die Änderungsverordnung werden die in der Körperschaftsteuer-Durchfüh-

rungsverordnung (KStDV 1977) vom 14.6.1977 festgelegten betragsmäßigen Grenzen als Voraussetzung für die Steuerbefreiung von betrieblichen Versorgungskassen und von kleineren Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit an die zwischenzeitliche Entwicklung angepaßt.

3.4 Verordnung zur Durchführung des Vierten Vermögensbildungsgesetzes (VermBDV) vom 22.10.1984 (BGBl. I S. 1306)

Mit der Durchführungsverordnung werden die im Vierten Vermögensbildungsgesetz enthaltenen Ermächtigungen zur Regelung der Einhaltung von Sperrfristen für vermögenswirksame Leistungen, die in nicht-verbrieften betrieblichen und außerbetrieblichen Beteiligungen angelegt sind, sowie zur Bestimmung des Verfahrens für die Nachzahlung und Rückforderung von Arbeitnehmer-Sparzulagen ausgefüllt.

3.5 Verordnung zur Änderung der Lohnsteuer-Durchführungsverordnung vom 23.10.1984 (BGBl. I S. 1311)

Mit der Änderungsverordnung wird der allgemeine Grundsatz festgeschrieben, daß es für die Steuerfreiheit für Jubiläumszuwendungen auf den zeitlichen Zusammenhang der Jubiläumszuwendung mit dem Jubiläum ankommt. Weiterhin werden die Vorschriften zum Lohnkonto den zwischenzeitlichen Änderungen des EStG angepaßt und die Festlegung von Vermögensbeteiligungen im Sinne des § 19 a Abs. 3 Nr. 1 bis 4 des EStG sowie das Verfahren der Nachversteuerung geregelt. Außerdem werden redaktionelle Anpassungen vorgenommen.

3.6 Achte Verordnung über die förderungsbedürftigen Gebiete und über die Fremdenverkehrsgebiete im Sinne des Investitionszulagegesetzes (Achte Fördergebiets- und Fremdenverkehrsgebiets VO) vom 19.12.1984 (BGBl. I S. 1675)

Durch die Achte Fördergebiets- und Fremdenverkehrsgebiets VO werden die kreisfreie

Stadt Gelsenkirchen und einzelne Fremdenverkehrsorte des Westmünsterlandes in die förderungsbedürftigen Gebiete einbezogen. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, Investitionsvorhaben in diesen Gebieten durch Investitionszulagen zu fördern.

3.7 Drittes Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes vom 26.3.1985 (BGBl. I S. 578)

Mit dem Gesetz wurden steuerliche Maßnahmen zur Förderung des schadstoffarmen Personenkraftwagens eingeführt. Es sind im wesentlichen folgende Regelungen ergangen:

- befristete Senkung der Mineralölsteuer für Ottokraftstoff mit einem Gehalt an Bleiverbindungen, berechnet als Blei, von höchstens 0,013 g im Liter um 2 Pfennige je Liter;

- befristete Erhöhung der Mineralölsteuer für andere Leichtöle um 2 Pfennige je Liter;

- Ergänzung einiger Vorschriften des Mineralölsteuergesetzes zur Vermeidung von Steuerumgehungen und zur Sicherung der Gleichmäßigkeit der Besteuerung.

3.8 Änderung der Einreise-Freimengen-Verordnung vom 28.3.1985 (BGBl. I S. 618)

Durch die o.a. Änderungs-VO wird die Gewährung von Steuerfreiheit für Waren, die auf Stichfahrten in See (sog. Butterfahrten) gekauft werden, mit Wirkung ab 1.10.1985 eingeschränkt. Künftig wird den Reisenden bei kurzen Stichfahrten, die nicht mindestens zwei Stunden auf die hohe See hinausführen, keine Steuerfreiheit mehr für die an Bord gekauften Waren gewährt. Damit hat die Bundesrepublik Deutschland Folgerungen aus dem sog. "Butterfahrten"-Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 14.2.1984 gezogen.

4 Zahlungsweise/-termine und Tarife bei den finanziell
ergiebigsten Steuern, Stand Ende 1985*)

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.1 Lohnsteuer</u></p>	
<p>In der Regel bis zum 10. Tag nach Ablauf jeden Kalendermonats. Ausnahme: Vierteljahreszahlungen/Jahreszahlungen, wenn die abzuführende Lohnsteuer im letzten Kalenderjahr nicht mehr als 6 000/600 DM betragen hat. Das Aufkommen folgt der Lohnzahlung mit Abstand von mindestens einem Monat.</p>	<p>Progressionstarif</p>
<p>Übersteigt die im Laufe eines Kalenderjahres einbehaltene Lohnsteuer die auf den Jahresarbeitslohn entfallende Lohnsteuer, so wird der Unterschiedsbetrag - sofern ein Lohnsteuerjahresausgleich (LStJA) durchgeführt wird - aus dem Aufkommen des folgenden Jahres erstattet. Wegen der Erstattung der veranlagten Lohnsteuerpflichtigen siehe unter 2.2 "Abschlußzahlungen".</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Steuerfreie Vorstufe bis 4 212/8 424 DM zu versteuerndes Einkommen (Grundfreibetrag) - Proportionalstufe mit Steuersatz von 22 vH auf zu versteuernde Einkommensbeträge von 4 213/8 425 DM (Nullstufe) bis 18 000/36 000 DM, - Progressionsstufe mit von 22 vH bis 56 vH steigenden Grenzsteuersätzen auf zu versteuernde Einkommensbeträge von 18 001/36 001 DM bis 129 999/259 999 DM, - Proportionale Endstufe (56 vH).
<p><u>4.2 Veranlagte Einkommensteuer</u></p>	
<p>Vorauszahlungen am 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember. Abschlußzahlungen nach Veranlagung, die gewöhnlich 9 bis 18 Monate nach Ablauf des Veranlagungszeitraumes durchgeführt wird. Das Aufkommen folgt dem Wirtschaftsverlauf im allgemeinen mit mindestens 1-jähriger Verzögerung. Weitere Erläuterungen siehe unter 2.2 "Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung."</p>	<p>Splittingverfahren bei Ehegatten.</p> <p>Berücksichtigung einer Reihe von Abzugsbeträgen und Sonderausgaben, die - vielfach ohne Rücksicht auf die dem Steuerpflichtigen tatsächlich entstehenden Kosten - die Höhe des zu versteuernden Einkommens beeinflussen; hierzu zählen insbesondere Arbeitnehmer-, Weihnachts-, Versorgungs-, Kinderfreibetrag, Werbungskosten (-pauschbetrag), Freibetrag für Land- und Forstwirte, Vorsorgeaufwendungen (Versicherungs- und Bausparbeiträge), Aufwendungen für Spenden und Beiträge; Freibetrag für Freie Berufe, außergewöhnliche Belastungen.</p>
<p><u>4.3 Kapitalertragsteuer¹⁾</u></p>	
<p>Steuerabzug durch den Schuldner der Kapitalerträge im Zeitpunkt des Zufließens der Kapitalerträge an den Gläubiger; Abführung an das Finanzamt bis zum 10. des folgenden Monats.</p>	<p>I.d.R. 25 vH Bei unbeschränkt Steuerpflichtigen Anrechnung bei der Einkommen-/Körperschaftsteuerveranlagung.</p>

*) Standardangaben ohne Berücksichtigung von Sonderregelungen.
1) Die Kapitalertragsteuer stellt den überwiegenden Aufkommensanteil der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag; demgegenüber spielt die - jeweils bei beschränkter Steuer-

pflicht erhobene - Aufsichtsratssteuer (30 vH) und Abzugssteuer für Künstler, Berufssportler, Schriftsteller usw. (bei Ausübung der Tätigkeit im Inland oder Verwertung von Rechten 15 bzw. 25 vH) eine untergeordnete Rolle.

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.4 Körperschaftsteuer</u></p> <p>Vorauszahlungen am 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember. Abschlußzahlungen gewöhnlich 8 bis 16 Monate nach Ablauf des Veranlagungszeitraumes. Das Aufkommen folgt dem Wirtschaftsverlauf mit durchschnittlich einjähriger Verzögerung. Weitere Erläuterungen siehe unter 2.2 "Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung".</p>	<p>56 vH generell; ermäßigte Steuersätze u.a. für Körperschaften, deren Gewinne beim Empfänger nicht zur Anrechnung berechtigten.</p> <p>Durch das Anrechnungsverfahren: Vereinheitlichung der Ausschüttungsbelastung auf 36 vH des Ausschüttungsbetrages (die der unbeschränkt steuerpflichtige Anteilseigner auf seine Steuerschuld anrechnen kann). Die Körperschaftsteuer des ausschüttenden Unternehmens mindert/erhöht sich je nachdem die Tarifbelastung der für die Ausschüttung als verwendet geltenden Kapitalteile über oder unter der Ausschüttungsbelastung liegt.</p>
<p><u>4.5 Umsatzsteuern</u></p> <p><u>4.5.1 Mehrwertsteuer</u></p> <p>Voranmeldungsverfahren mit späterer Jahresveranlagung. Vorauszahlungen i.d.R. am 10. Tag nach Ablauf jeden Kalendermonats (ggf. Kalendervierteljahres, wenn die Steuerschuld im letzten KJ nicht mehr als 6 000 DM betragen hat). Möglichkeit, von der Voranmeldung/Vorauszahlung befreit zu werden, wenn die Steuer für das laufende KJ 600 DM voraussichtlich nicht übersteigt. Auf Antrag Fristverlängerung um 1 Monat für Monatszahler unter der Voraussetzung einer Sondervorauszahlung. Das Steueraufkommen folgt der wirtschaftlichen Entwicklung in der Regel mit 1 bis 2-monatiger Verzögerung.</p>	<p>14 vH; ermäßigter Satz von 7 vH (vor allem für Lebensmittel, Zeitschriften/Bücher, Personennahverkehr usw.); Abzugsbeträge für Unternehmen mit niedrigem Gesamtumsatz (§ 19 UStG 1980 Abs. 3); Sonderregelung für Berliner Umsätze und Landwirtschaft.</p>
<p><u>4.5.2 Einfuhrumsatzsteuer</u></p> <p>Sinngemäße Anwendung der Vorschriften für die Zölle/ggf. des Abschöpfungserhebungsgesetzes. Das Steueraufkommen folgt der Einfuhrentwicklung mit einmonatiger Verzögerung.</p>	<p>14 bzw. 7 vH (ermäßigter Satz);</p>

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.6 Versicherungsteuer</u></p> <p>Die Steuer wird zwei Wochen nach ihrer Entstehung fällig. Der Versicherer hat innerhalb von fünfzehn Tagen nach Ablauf eines jeden Anmeldezeitraums die Steuer zu entrichten. Anmeldezeitraum ist der Kalendermonat (das Kalenderjahr, wenn die Steuer für das vorangegangene Kalenderjahr insgesamt nicht mehr als 6 000 DM betrug). Das Aufkommen folgt somit der Entwicklung der Prämieinnahmen mit meist einmonatiger Verzögerung.</p>	<p>5 vH der Prämie bei Sachversicherung, 0,02 vH der Versicherungssumme bei Hagelversicherung, 2 vH der Prämie bei Seeschiffskaskoversicherung, Lebens- und Krankenversicherungen bleiben steuerfrei.</p>
<p><u>4.7 Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)</u></p> <p><u>4.7.1 Zölle</u></p> <p>Entstehung und Fälligkeit bei Abfertigung zum freien Verkehr. Auf Antrag wird die Zahlung des Zolls bis zum 15. des auf die Entstehung der Zollschuld folgenden Monats aufgeschoben; ebenso bei einer Sammelzollanmeldung. Das Aufkommen folgt der Einfuhr somit durchschnittlich nach einem Monat.</p>	<p>Differenzierte Sätze. Gemeinsamer Außenzolltarif der EG-Länder; keine Binnenzölle innerhalb der EG. Begründung von Freihandelszonen, mit den Rest-EFTA-Ländern, Einräumung von Zollpräferenzen gegenüber einem wachsenden Kreis von Staaten (hauptsächlich Entwicklungsländer).</p>
<p><u>4.7.2 Tabaksteuer</u></p> <p>Die Tabaksteuer ist durch Verwendung von Steuerzeichen (Banderolen) zu entrichten, die vom Hersteller vor Entfernung der Tabakwaren aus dem Herstellungsbetrieb²⁾ anzubringen und zu entwerfen sind. Sie wird fällig bei Zigaretten, Rauchtobak und Zigarettenhüllen</p> <ul style="list-style-type: none"> - für die bis zum 15. eines Monats bezogenen Steuerzeichen am 12. des nächsten Monats (für die vom 1.-15.12. bezogenen Zigarettensteuerzeichen jedoch am 27.12.), - für die nach dem 15. eines Monats bezogenen Steuerzeichen am 27. des nächsten Monats; <p>bei Zigarren und Zigarillos</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei einem Steuerzeichenbezug wie oben - am 10. bzw. 25. des übernächsten Monats. 	<p>Differenzierte Steuersätze für Zigaretten, Feinschnitt (1985 95 % bzw. 4 % der gesamten Tabaksteuereinnahmen), Zigarren, Zigarillos, Pfeifen-, Schnupf-, Kautabak und Zigarettenhüllen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zigaretten: 5,65 Pf/St + 31,5 vH des Kleinverkaufspreises, mindestens 9,0 Pf/St - Feinschnitt 8,40 DM/kg + 31,8 vH des Kleinverkaufspreises, mindestens 26 DM/kg
<p><u>4.7.3 Kaffeesteuer</u></p> <p>Die Vorschriften für Zölle gelten sinngemäß; die Steuer ist durchschnittlich 2 Monate nach Einfuhr zu zahlen.</p>	<p>Unterschiedliche Sätze zwischen 3,60 DM je kg Rohkaffee, nicht entkoffeiniert, und DM 9,90 je kg Trockenmasse flüssiger Auszüge oder Essenzen aus entkoffeiniertem Kaffee.</p>
<p>2) Der Entfernung aus dem (Herstellungs-) Betrieb steht der Verbrauch im Betrieb gleich; bei der Mineralölsteuer: Sofern er zu anderen Zwecken als der Aufrechterhaltung des Betriebes dient.</p>	

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p>4.7.4 Branntweinabgaben</p>	
<p>Die Abgaben sind zu entrichten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei Branntwein, der durch die Monopolverwaltung übernommen wurde, durch den Bezieher des Branntweins im Kaufgeld an die Branntweinmonopolverwaltung, (Branntweinsteuer), - bei Abfindungsbrennereien binnen einer Woche nach Schluß des Monats, in dem der Branntwein hergestellt worden ist, bei Verschlußbrennereien binnen einer Woche nach Bekanntgabe des Betrags an den Schuldner (Branntweinaufschlag³⁾), - bei der Einfuhr entsprechend den Vorschriften des Zollgesetzes (Monopolausgleich). 	<p>2 550 DM/hl für Trinkbranntwein,</p> <p>1 200 DM/hl für Branntwein zu medizinischen Zwecken (unvergällt),</p> <p>600 DM/hl für Branntwein (einschl. Substitutionsalkohole) zur Herstellung von Heilmitteln und Kosmetika (vergällt),</p>
<p>Unter bestimmten Voraussetzungen Zahlungsaufschub bis zum 15. des dritten auf den Übergang folgenden Monats für Branntwein, der im Oktober in den freien Verkehr übergegangen ist höchstens bis zum 27. Dezember.</p>	
<p>4.7.5 Schaumweinsteuer</p>	
<p>Die Steuer entsteht mit der Entfernung des Schaumweins aus dem Betrieb⁴⁾. Steuerentrichtung bis zum 25. des auf die Entstehung der Steuerschuld folgenden Monats.</p>	<p>Für eine ganze Flasche (0,75 l)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schaumwein 2,- DM - Schaumweinähnliche Getränke 0,40 DM
<p>4.7.6 Mineralölsteuer</p>	
<p>Die Steuer entsteht mit der Entfernung des Mineralöls aus dem Betrieb⁴⁾. Steuerentrichtung entweder je zur Hälfte spätestens am letzten Werktag des folgenden und am 20. des zweiten folgenden Monats o d e r in einer Summe spätestens am 10. des zweiten folgenden Monats. Zahlungen für die im November entstandene Steuerschuld spätestens am 27. Dezember. Das Aufkommen folgt dem Absatz mit ein- bis zweimonatiger Verzögerung.</p>	<p>Differenzierte Steuersätze u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Benzin 51,00 DM/hl, (bis 31.3.1985), ab 1.4.1985 Splittung der Steuersätze für bleiarms Benzin (49,- DM/hl) und bleihaltiges Benzin (53,- DM/hl) - Dieselkraftstoff und Schmieröl 53,25 DM/dt - Flüssiggas: 73,30 DM/dt, (bis 31.3.1985); ab 1.4.1985: 91,40 DM/dt - Autogas (§ 8a MinÖStG): 61,25 DM/dt - Ermäßigte Sätze (1,50 DM/dt für schweres und 2 DM/dt für leichtes) Heizöl.

3) Branntweinaufschlag ist für den von der Ablieferungspflicht ausgenommenen Branntwein vom Hersteller zu entrichten. Unter den Voraussetzungen des § 79 Abs. 2 BranntwMonG (die auch für den Monopolausgleich gelten) vermindert sich der Abgabebetrag.

4) Fußnotentext unter 4.7.2.

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.8 Vermögensteuer</u></p> <p>Vierteljährliche Vorauszahlungen zum 10. Februar, 10. Mai, 10. August und 10. November; Jahressteuer (= bis zu 500 DM) zum 10. November. Nachzahlungen 1 bis 2 Jahre nach Stichtag. Wegen der normalerweise nur alle 3 Jahre durchgeführten Hauptveranlagung tritt der "Nachzahlungseffekt" kassenmäßig in einem Turnus von 3 Jahren in Erscheinung. Das Aufkommen folgt der wirtschaftlichen Entwicklung in der Regel mit 1 1/2 jähriger Verzögerung. Weitere Erläuterungen siehe unter 2.2 "Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung".</p>	<p>0,5 vH des steuerpflichtigen Vermögens für natürliche Personen, 0,6 vH für juristische Personen, Grundfreibetrag für jedes Mitglied einer Veranlagungsgemeinschaft (natürliche Personen) 70 000 DM; außerdem unter bestimmten Voraussetzungen zusätzlicher Freibetrag wegen Alters oder Erwerbsunfähigkeit.</p>
<p><u>4.9 Erbschaftsteuer</u></p> <p>Binnen 3 Monaten anzumelden, Fälligkeit einen Monat nach Zustellung des Steuerbescheids. Ggf. lange Stundungsfristen, daher unter Umständen größere Zwischenräume zwischen dem Erwerb und dem Steueraufkommen.</p>	<p>Vier Steuerklassen nach dem Verwandtschaftsverhältnis des Erwerbers zum Erblasser (Schenkenden); dementsprechend persönliche Freibeträge zwischen 3 000 und 250 000 DM daneben ggf. besondere Freibeträge. Steuersätze je nach Höhe des Erwerbs und Steuerklasse des Erwerbers zwischen 3 und 70 vH.</p>
<p><u>4.10 Grunderwerbsteuer</u></p> <p>Fälligkeit einen Monat nach Zustellung des Steuerbescheids. Das Finanzamt kann längere Zahlungsfristen setzen. In der Regel folgt das Aufkommen dem steuerpflichtigen Vorgang ohne größere Verzögerung.</p>	<p>2 vH des Wertes der Gegenleistung (z.B. Kaufpreis), wenn eine Gegenleistung nicht vorhanden oder nicht zu ermitteln ist, des Wertes des Grundstücks. Ausnahmen von der Besteuerung u.a. für den Grundstückserwerb von Todes wegen oder durch den Ehegatten des Veräußerers.</p>
<p><u>4.11 Kraftfahrzeugsteuer</u></p> <p>Festsetzung durch Steuerbescheid. I.d.R. jährliche Vorauszahlungen; bei mehr als 1 000 bzw. 2 000 DM Steuer sind halb- bzw. vierteljährliche Zahlungen mit Zuschlägen von 3 bzw. 6 vH möglich. Das Aufkommen folgt mit mindestens einmonatiger Verzögerung der Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes.</p>	<p>Bis 30.6.1985 Jahressteuer für - Krafträder: 3,60 DM je 25 cm³ Hubraum - Pkw mit Hubkolbenantrieb: 14,40 DM je 100 cm³ Hubraum - alle anderen Fahrzeuge je nach Gewichtsklasse zwischen 22,- und 166,- DM je 200 kg Gesamtgewicht. Steuerermäßigungen von 50 % für Elektrofahrzeuge.</p>
	<p>Ab 1.7.1985 zeitlich unterschiedlich befristete Steuerbefreiungen für schadstoffarme und bedingt schadstoffarme PKW Stufe C, gestaffelt nach Hubraumgrößen und Anerkennungszeiträumen. Steuerermäßigung für PKW "bedingt schadstoffarm Stufe A bzw. B" auf 13,20 DM je 100 cm³ auf Dauer (Stufe A) bzw. drei Jahre lang (Stufe B). Ab 1.1.1986 Steuererhöhungen für herkömmliche PKW.</p>

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p><u>4.12 Rennwett- und Lotteriesteuer</u></p>	
<p>4.12.1 Renn- und Sportwettsteuer 3 bis 5 Tage nach Wettannahmeschlußtag.</p>	<p>16 2/3 vH der Wetteinsätze.</p>
<p>4.12.2 Lotteriesteuer Vom Finanzamt festgelegte Fristen. Das Aufkommen an Rennwett- und Lotteriesteuer folgt der Wett- und Spielbeteiligung mit meist einmonatiger Verzögerung.</p>	<p>20 vH des Nennwertes sämtlicher Lose ausschließlich Steuer.</p>
<p><u>4.13 Biersteuer</u> Bis zum 20. des Monats, der auf die Entstehung der Steuerschuld (Entfernung aus dem Betrieb⁷⁾) folgt. Das Aufkommen folgt dem Bierausstoß mit gut einmonatiger Verzögerung.</p>	<p>Je nach Höhe des Bierausstoßes und der Biergattung zwischen 6 DM und 22,50 DM/hl (Haustunk steuerfrei); Vergünstigungen für Hausbrauer.</p>
<p><u>4.14 Grundsteuer (A und B)</u> Das Finanzamt wendet auf den Einheitswert der Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A) bzw. der Grundstücke (Grundsteuer B) die Steuermeßzahl (StMZ) an und ermittelt so den jeweiligen Steuermeßbetrag, auf den die Gemeinde den durch Satzung festgesetzten Hebesatz anwendet. Die für das Kalenderjahr festgesetzte Grundsteuer wird je zu einem Viertel ihres Jahresbetrags am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig. Abweichungen bei Kleinbeträgen oder auf Antrag.</p>	<p>Grundsteuer A - StMZ: 6 vT, - Hebesätze gemeindeweise unterschiedlich (gewogener Bundesdurchschnitt 1984: 258 %).</p> <p>Grundsteuer B - StMZ: 3,5 vT, günstigere Regelung für Ein- und Zweifamilienhäuser, - Hebesätze gemeindeweise unterschiedlich (gewogener Bundesdurchschnitt 1984: 294 %). - Beschränkung auf Bodenwertanteile bei öffentlich geförderten oder begünstigten Wohnungen für die Dauer von 10 Jahren.</p>
<p><u>4.15 Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital</u> Das Finanzamt wendet auf den Gewerbeertrag⁸⁾ und das Gewerbekapital⁸⁾ die Steuermeßzahlen an und ermittelt so die Steuermeßbeträge nach dem Gewerbeertrag und -kapital, die zum sog. einheitlichen Steuermeßbetrag addiert werden; auf ihn wendet die Gemeinde - unter Berücksichtigung der Freibeträge - den durch Satzung festgesetzten Hebesatz an. Erstreckt sich ein Unternehmen über mehrere Gemeinden, so wird der einheitliche Steuermeßbetrag zerlegt und der Hebesatz auf den Zerlegungsanteil angewendet.</p>	<p>StMZ: 5 vH des Gewerbeertrags und 2 vT des Gewerbekapitals.</p> <p>Freibeträge beim Gewerbeertrag: 36 000 DM für natürliche Personen und Personengesellschaften Gewerbekapital: 120 000 DM.</p> <p>Freigrenze: 5 000 DM beim Gewerbeertrag für steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe von gemeinnützigen, kirchlichen u.ä. Körperschaften.</p> <p>Hebesätze: Gemeindeweise unterschiedlich (gewogener Bundesdurchschnitt 1984: 352 %).</p>

7) Fußnotentext unter 4.7.2.

8) Gewerbeertrag und -kapital werden aus dem einkommensteuerrechtlichen Gewinn bzw. aus dem Einheitswert des gewerblichen Betriebs durch gewerbesteuerrechtsspezifische Hinzurechnungen und Kürzungen abgeleitet.

Steuerart Steuerentrichtung	Tarif
<p>Vierteljährliche Vorauszahlungen jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November. Abschlußzahlungen nach Festsetzung der Jahressteuer. Das Steueraufkommen folgt dem Wirtschaftsverlauf mit ein- bis zweijähriger Verzögerung. Weitere Erläuterungen siehe unter 2.2 "Ermittlung der Steuerschuld durch Veranlagung".</p>	
<p><u>4.16 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (Einnahme)</u></p> <p>Der Betrag ist den Gemeinden jährlich bis zum 1. Februar des auf das Erhebungsjahr folgenden Jahres (Schlußabrechnung) - unter Anrechnung der geleisteten Abschlags-/Vorauszahlungen - zuzuweisen. Kassenmäßiger Nachweis: Abschlagszahlung bis zum 1. Mai, 1. August und 1. November unter Zugrundelegung des Einkommensteuer-Istaufkommens des jeweils vorangegangenen Quartals. Sog. Vorauszahlung auf die Schlußabrechnung im Dezember in Höhe der Zahlung für das 3. Vierteljahr⁹⁾.</p>	<p>Berechnung: siehe unter 2.4 "Regionaler Verteilungsmodus".</p>
<p><u>4.17 Gewerbesteuerumlage</u></p> <p>Das für den Gemeindeanteil (Ziff. 4.16) Ausgeführte gilt hinsichtlich der Termine für die an Bund und Länder abzuführende Gewerbesteuerumlage entsprechend. Der Berechnung der vierteljährlichen Abschlagszahlungen wird das Gewerbesteuer-Istaufkommen des jeweils vorangegangenen Quartals zugrundegelegt. Besonderheit: Die Dezembervorauszahlung einer Gemeinde ist nur bis zur Höhe der Vorauszahlung auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zu leisten⁹⁾.</p>	<p>Berechnung: siehe unter 2.4 "Regionaler Verteilungsmodus".</p>
<p>9) Wegen des zum Teil abweichenden statistischen Nachweises siehe unter 2.3 "Überschneidungen zwischen Steuereinnahmen vor und nach der Steuerverteilung". Unbeschadet der rechtlichen Regelung in einigen Ländern werden die Vorauszahlungen des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuerumlage in der Statistik brutto ausgewiesen.</p>	

5 Bemerkungen zu den Ergebnissen

Nachstehend wird die Einnahmeentwicklung

- der finanziell bedeutendsten Steuern
- der Steuern mit besonders auffallenden Änderungen gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum

kurz kommentiert. Sofern nichts anderes vermerkt, beziehen sich die Angaben auf das Jahresergebnis.

Lohnsteuer (+ 8,3 %)

Die Bruttolohn- und Gehaltssumme (einschl. Beamtenpensionen) ist 1985, begünstigt durch die positive Beschäftigtenentwicklung, stärker gestiegen als in den beiden Vorjahren. Die kassenmäßig nachgewiesenen Einnahmen aus der Lohnsteuer wurden auch 1985 durch Zulagen, Prämien und Erstattungen im Lohnsteuer-Jahresausgleich, insgesamt um 10,72 Mrd. DM gekürzt. Die Lohnsteuer als besondere Erhebungsform der Einkommensteuer überschneidet sich mit den Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer bei der Veranlagung von Arbeitnehmern gem. § 46 EStG dadurch, daß Erstattungen an zuviel gezahlter Lohnsteuer nicht das Aufkommen an Lohnsteuer, sondern das der veranlagten Einkommensteuer kürzen. Um diese statistischen Überschneidungen zu relativieren, empfiehlt es sich, die Einnahmen aus der Lohnsteuer und aus der veranlagten Einkommensteuer in einer Summe darzustellen. Die Summe belief sich auf 176,2 Mrd. DM, womit das Ergebnis von 1984 um 13,5 Mrd. DM oder + 8,3 % übertraffen wurde.

Veranlagte Einkommensteuer (+ 8,3 %)

Ausschlaggebend für das mit der gleichen Rate von + 8,3 % wie die Lohnsteuereinnahmen gewachsene Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer war die günstige Gewinnentwicklung. Zwar war wieder ein kräftiger Anstieg der Erstattungen gem. § 46 EStG (Arbeitnehmer-Veranlagungen) zu verzeichnen, jedoch wurde das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer nicht mehr so stark wie in den Vorjahren

durch die Investitionszulagen gem. Investitionszulagengesetz sowie Berlinförderungsgesetz gekürzt, weil sich das Auslaufen der Investitionszulage nach § 4 b Investitionszulagengesetz auswirkte. Nach Berechnungen des BMF ergab sich - unter Hinzurechnung der genannten Kürzungsbeträge - ein rechnerisches Bruttoaufkommen von 45,3 Mrd. DM (2,2 Mrd. DM oder + 5,1 % mehr als 1984).

Kapitalertragsteuer (+ 11,0 %)

Höhere Ausschüttungen von Kapitalgesellschaften führten trotz der zum 1.8.1984 weggefallenen Couponsteuer zu der positiven Zuwachsrate.

Körperschaftsteuer (+ 21,0 %)

Die hohe Zuwachsrate spiegelt in erster Linie die günstige Gewinnsituation der körperschaftsteuerpflichtigen Unternehmen wider. Wie bei der veranlagten Einkommensteuer wird auch das Aufkommen der Körperschaftsteuer durch Investitionszulagen - ebenfalls mit abnehmender Tendenz gegenüber 1984 - gemindert. Ohne die Investitionszulagen ergäbe sich lt. BMF ein rechnerisches Bruttoaufkommen von 34,4 Mrd. DM; 4,6 Mrd. DM oder + 15,4 % mehr als 1984.

Steuern vom Umsatz (- 0,6 %)

Wie sehr das wirtschaftliche Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland 1985 durch den Außenhandel getragen wurde, zeigt sich u.a. darin, daß der Ausfuhrüberschuß der Handelsbilanz auf über 73 Mrd. DM anstieg (+ 35,9 % gegenüber dem Vorjahr). Erstmals seit Einführung des Mehrwertsteuersystems in der Bundesrepublik im Jahr 1968 übertraf so das Aufkommen an Einfuhrumsatzsteuer (58,4 Mrd. DM; + 6,2 % gegenüber 1984) das Aufkommen an inländischer Mehrwertsteuer (51,4 Mrd. DM; - 7,3 % gegenüber 1984) deutlich; denn während die Exportumsätze steuerfrei sind, mindert die beim Importeur als Vorsteuer abzugsfähige Einfuhrumsatzsteuer das Aufkommen an Umsatzsteuer. Zu Steuermindereinnahmen haben auch die

als Ausgleich für den Wegfall des EG-Währungs- ausgleichs im Rahmen der EG-Regelung eingeführ- ten umsatzsteuerlichen Neuregelungen für die Landwirtschaft (Anhebung des Durchschnittsatzes für die meisten landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Einführung eines Kürzungsanspruchs) ab 1. Juli 1984 geführt, die sich 1985 erstmals über das ganze Jahr auswirkten.

Börsenumsatzsteuer (+ 64,6 %)

Das Ergebnis korrespondiert mit stark gestiegenen Börsenumsätzen, vor allem im Aktienhandel.

Zölle (+1,5 %)

Da die Einfuhren aus Nicht-EG-Ländern im Zeitraum 1984/1985 stärker zugenommen haben - unter Berücksichtigung einer durchschnittlichen zeitlichen Verzögerung von einem Monat zwischen Steuerentstehung und Steuereingang um + 5,1 % - ist anzunehmen, daß die präferenzbegünstigten Einfuhren überproportional gestiegen sind.

Tabaksteuer (+ 0,2 %)

Die Entwicklung ist geprägt von einem wertmäßig leicht gestiegenen steuerpflichtigen Verbrauch bei Zigaretten und Zigarillos, dem Rückgänge bei den übrigen Tabakprodukten (Zigarren, Feinschnitt, Pfeifentabak) gegenüberstanden.

Branntweinabgaben (- 2,0 %)

Die Entwicklung des Aufkommens stimmt weitgehend mit der des steuerpflichtigen Verbrauchs überein, wobei Steuermehreinnahmen aufgrund von Verbrauchszuwächsen aus inländischer Erzeugung durch Steuermindereinnahmen aus verringerten Einfuhren überkompensiert wurden.

Mineralölsteuer (+ 2,0 %)

Die Mehreinnahmen bei der Mineralölsteuer sind größtenteils auf die Splittung der Steuersätze für verbleites und bleiarmses Benzin ab 1.4.1985 zurückzuführen.

Vermögensteuer (- 4,6 %)

In dem Rückgang dürften sich noch die Auswirkungen der Rechtsänderungen des Steuerentlastungsgesetzes 1984 widerspiegeln, die Erleichterungen für die Vermögensteuer brachten.

Kraftfahrzeugsteuer (+ 0,9 %)

Nach den Statistischen Mitteilungen des Kraftfahrt-Bundesamtes ist der Bestand an Kraftfahrzeugen mit amtlichem Kennzeichen vom 1.1.1985 bis 1.1.1986 um 2,6 %, der mit rd. 85 % am Gesamtbestand dieser Fahrzeuge beteiligten Pkw um 2,8 % gestiegen. Überdurchschnittliche Zuwachsraten hatten die Pkw der höheren Hubraumklassen zu verzeichnen. In dem nur mäßig gewachsenen Steueraufkommen dürften daher bereits erste Auswirkungen der steuerlichen Förderung schadstoffreduzierter Fahrzeuge zum Ausdruck kommen, denen für die Masse nicht-schadstoffreduzierter Fahrzeuge noch keine Steuererhöhungen im Jahre 1985 gegenüberstanden (diese wurden erst ab 1986 wirksam).

Grundsteuer B (+ 3,9 %)

Neben der Hebesatzgestaltung durch die Gemeinden wirken Nutzungsänderungen bei Grundstücken (Umwandlung unbebauter/landwirtschaftlicher Grundstücke in bebaute/nichtlandwirtschaftliche) sowie das Verhältnis hinzugekommener/ausgelaufer Steuerbefreiungen/Steuerermäßigungen auf das Aufkommen ein. Eine Gewichtung dieser Faktoren kann im Rahmen der Statistik der kassenmäßigen Steuereinnahmen nicht vorgenommen werden, doch dürften 1985 bundesweit - wenn überhaupt - nur moderate Hebesatzerhöhungen durch die Gemeinden erfolgt sein.

Gewerbsteuer (+ 8,6 %)

Der Anstieg ist vor allem auf verbesserte Besteuerungsgrundlagen (Ertragskraft bzw. Kapitalausstattung) der gewerbsteuerpflichtigen Unternehmen zurückzuführen, weniger auf erhöhte Hebesätze der Gemeinden.

Tabellenteil

Ergebnisse für das 4. Vierteljahr 1985

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vj 1985

1.1 Nach Steuerarten v o r der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	4. Vj 1985	4. Vj 1984	Veränderung	
	Mill. DM			%
Steuereinnahmen insgesamt	123 174,7	116 288,2	+ 6 886,5	+ 5,9
Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs. 3 GG	90 711,7	84 944,1	+ 5 767,6	+ 6,8
Lohnsteuer	43 870,3	40 123,6	+ 3 746,7	+ 9,3
Veranlagte Einkommensteuer	8 497,1	7 694,8	+ 802,3	+ 10,4
Kapitalertragsteuer	911,6	737,5	+ 174,1	+ 23,6
Körperschaftsteuer	8 414,1	7 903,2	+ 510,9	+ 6,5
Umsatzsteuer	14 024,5	14 009,3	+ 15,2	+ 0,1
Einfuhrumsatzsteuer	14 994,2	14 475,6	+ 518,5	+ 3,6
Bundessteuern	18 098,7	17 869,7	+ 229,0	+ 1,3
Gesellschaftsteuer	130,3	78,0	+ 52,2	+ 67,0
Börsenumsatzsteuer	181,3	97,5	+ 83,7	+ 85,9
Versicherungsteuer	432,2	399,7	+ 32,5	+ 8,1
Wechselsteuer	95,9	101,5	- 5,6	- 5,5
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer) ...	17 255,2	17 190,5	+ 64,7	+ 0,4
Zölle (100 %)	1 371,3	1 448,0	- 76,7	- 5,3
Tabaksteuer	5 191,1	5 243,7	- 52,6	- 1,0
Kaffeesteuer	389,9	398,2	- 8,4	- 2,1
Zuckersteuer	40,2	42,8	- 2,7	- 6,2
Branntweinabgaben	1 340,1	1 387,0	- 46,9	- 3,4
Schaumweinsteuer	229,8	235,7	- 5,9	- 2,5
Mineralölsteuer	8 633,8	8 376,0	+ 257,8	+ 3,1
Sonstige Verbrauchsteuern ¹⁾	59,2	59,1	+ 0,1	+ 0,2
Ergänzungsabgabe	3,8	2,5	+ 1,4	+ 56,6
Landessteuern	4 336,6	4 399,2	- 62,5	- 1,4
Vermögensteuer	1 085,5	1 160,4	- 74,9	- 6,5
Erbchaftsteuer	385,0	373,0	+ 12,0	+ 3,2
Grunderwerbsteuer	550,2	527,7	x	x
Kraftfahrzeugsteuer	1 506,1	1 586,3	- 80,2	- 5,1
Rennwett- und Lotteriesteuer	417,0	367,0	+ 50,0	+ 13,6
dar.: Lotteriesteuer	377,1	326,6	+ 50,5	+ 15,5
Biersteuer	321,1	318,0	+ 3,1	+ 1,0
Feuerschutzsteuer	71,9	66,8	+ 5,0	+ 7,6
Gemeindesteuern	10 027,7	9 075,2	+ 952,5	+ 10,5
Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	110,7	108,0	+ 2,8	+ 2,6
Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	1 465,6	1 426,8	+ 38,8	+ 2,7
Gewerbesteuer	8 100,4	7 244,5	+ 855,9	+ 11,8
Grunderwerbsteuer	234,7	189,3	x	x
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen ..	116,2	106,6	+ 9,6	+ 9,0
nachrichtlich: Grunderwerbsteuer insgesamt	784,9	717,1	+ 67,8	+ 9,5

1) Siehe Tab. 1.4, lfd. Nr. 17, 21 und 23.

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vj 1985

1.2 Nach Steuerarten n a c h der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	4. Vj 1985	4. Vj 1984	Veränderung	
	Mill.DM			%
Steuereinnahmen insgesamt	128 189,3	120 902,6	+ 7 286,7	+ 6,0
EG-Anteile an Zöllen	1 356,1	1 432,2	- 76,1	- 5,3
EG-Anteile Umsatzsteuer	2 466,4	2 371,6	+ 94,8	+ 4,0
Steuereinnahmen des Bundes	61 308,6	58 366,2	+ 2 942,5	+ 5,0
Bundessteuern ¹⁾	16 742,6	16 437,5	+ 305,1	+ 1,9
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer (42,5 %) .	22 256,1	20 322,8	+ 1 933,3	+ 9,5
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer (50 %) ...	4 662,8	4 320,4	+ 342,5	+ 7,9
Umsatzsteuern ²⁾ (65,5 %)	16 540,9	16 286,1	+ 254,8	+ 1,6
Gewerbesteuerumlage (50 %)	1 106,2	999,4	+ 106,8	+ 10,7
Steuereinnahmen der Länder	42 373,2	39 869,1	+ 2 504,1	+ 6,3
Landessteuern	4 336,6	4 399,2	- 62,5	- 1,4
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer (42,5 %) .	22 256,1	20 322,8	+ 1 933,3	+ 9,5
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer (50 %) ...	4 662,8	4 320,4	+ 342,5	+ 7,9
Umsatzsteuern (34,5 %)	10 011,5	9 827,3	+ 184,1	+ 1,9
Gewerbesteuerumlage (50 %)	1 106,2	999,4	+ 106,8	+ 10,7
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	3 287,4	2 895,7	+ 391,7	+ 13,5
Länder ohne Stadtstaaten	39 085,8	36 973,4	+ 2 112,4	+ 5,7
Steuereinnahmen der Gemeinden	20 685,0	18 863,6	+ 1 821,4	+ 9,7
Gewerbesteuer (100 %)	8 100,4	7 244,5	+ 855,9	+ 11,8
Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	2 197,9	1 971,6	+ 226,3	+ 11,5
Gewerbesteuer (netto)	5 902,5	5 272,9	+ 629,6	+ 11,9
Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	12 855,2	11 760,0	+ 1 095,2	+ 9,3
Übrige Gemeindesteuern	1 927,2	1 830,7	+ 96,6	+ 5,3
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	1 380,9	1 144,4	+ 236,5	+ 20,7
Gemeinden/Gv.	19 304,1	17 719,1	+ 1 585,0	+ 8,9
Kreisfreie Städte	7 513,8	6 963,2	+ 550,6	+ 7,9
Kreisangehörige Gemeinden zusammen	11 641,0	10 644,1	+ 997,0	+ 9,4
mit weniger als 10 000 Einwohnern	3 872,0	3 527,5	+ 344,5	+ 9,8
mit 10 000 Einwohnern und mehr	7 769,0	7 116,6	+ 652,5	+ 9,2
Landkreise	149,3	111,9	+ 37,4	+ 33,4
Außerdem:				
Lastenausgleichsabgaben	0,2	0,3	- 0,1	- 41,2

1) Nach Abzug der EG-Anteile an Zöllen.

2) Nach Abzug der EG-Anteile Umsatzsteuer.

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vj 1985

1.3 Nach Ländern

Mill. DM

Land	Vierteljahr	Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung					Nach der Steuerverteilung entfallen auf	
		Gemeinschaftsteuern	Bundesteuern	Landesteuern	Gemeindesteuern	insgesamt	Länder	Gemeinden
Bundesgebiet	4./85	90 711,7	18 098,7	4 336,6	10 027,7	123 174,7	42 373,2	20 685,0
	4./84	84 944,1	17 869,7	4 399,2	9 075,2	116 288,2	39 869,1	18 863,6
Schleswig-Holstein ...	4./85	2 519,9	176,7	156,8	269,8	3 123,3	1 606,5	733,0
	4./84	2 265,3	183,5	153,2	263,5	2 865,4	1 480,3	702,0
Niedersachsen	4./85	7 222,7	748,6	454,7	980,1	9 406,0	4 402,7	2 166,4
	4./84	6 627,5	692,7	452,4	857,0	8 629,7	4 160,1	1 888,5
Nordrhein-Westfalen ..	4./85	26 886,7	4 894,4	1 057,9	2 741,2	35 580,3	11 388,3	5 867,8
	4./84	25 847,2	4 602,0	1 068,0	2 630,6	34 147,7	10 964,3	5 615,0
Hessen	4./85	9 301,1	787,9	431,8	1 022,3	11 543,1	4 229,0	2 088,7
	4./84	8 656,2	805,5	413,4	909,2	10 784,2	3 911,3	1 857,7
Rheinland-Pfalz	4./85	4 030,4	485,6	205,3	625,4	5 346,7	2 290,8	955,1
	4./84	3 855,6	514,6	218,0	510,4	5 098,7	2 188,7	833,6
Baden-Württemberg	4./85	15 407,4	1 508,7	713,9	1 646,7	19 276,8	7 099,4	3 443,7
	4./84	14 001,6	1 497,0	755,9	1 462,9	17 717,4	6 542,9	3 089,7
Bayern	4./85	15 194,4	968,6	890,6	1 661,4	18 715,0	7 434,7	3 791,5
	4./84	14 410,6	1 010,1	881,2	1 540,3	17 842,1	7 125,0	3 487,8
Saarland	4./85	1 090,9	36,5	59,4	108,4	1 295,2	634,3	257,9
	4./84	1 111,0	45,2	65,0	111,7	1 332,9	600,8	244,9
Hamburg	4./85	5 802,1	4 455,3	155,7	560,6	10 973,7	1 556,0	784,4
	4./84	5 337,0	4 475,1	176,1	440,5	10 428,7	1 421,3	638,1
Bremen	4./85	1 366,7	269,6	49,5	174,5	1 860,3	504,1	253,2
	4./84	1 292,3	299,8	59,5	143,2	1 794,7	485,1	225,2
Berlin (West)	4./85	1 889,2	3 766,9	161,2	237,2	6 054,4	1 227,3	343,2
	4./84	1 539,9	3 744,2	156,6	205,9	5 646,6	989,3	281,1

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes,

1.4 Nach Steuerarten

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen
						v o r d e r
1	Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs. 3 GG	90 711 700	2 519 905	7 222 735	26 886 723	9 301 145
2	Lohnsteuer	43 870 251	1 359 317	3 919 516	12 631 661	4 641 137
3	Veranlagte Einkommensteuer	8 497 092	310 649	699 834	2 679 257	692 403
4	Kapitalertragsteuer	911 561	20 362	42 911	250 129	101 868
5	Körperschaftsteuer	8 414 085	173 654	775 710	1 456 161	1 237 025
6	Umsatzsteuer	14 024 534	340 821	909 932	4 285 821	1 104 928
7	Einfuhrumsatzsteuer	14 994 177	315 102	874 832	5 583 694	1 523 784
8	Bundessteuern	18 098 706	176 729	748 569	4 894 416	787 869
9	Gesellschaftsteuer	130 250	1 401	4 663	43 553	27 230
10	Börsenumsatzsteuer	181 281	922	3 292	39 478	66 988
11	Versicherungsteuer	432 204	3 324	34 098	133 563	49 616
12	Wechselsteuer	95 902	1 218	5 133	24 439	21 848
13	Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	17 255 226	169 669	701 314	4 650 950	621 584
14	Zölle (100 %)	1 371 255	23 105	61 100	364 945	178 580
15	Tabaksteuer	5 191 075	35	75	1 231 920	90
16	Kaffeesteuer	389 851	3 346	28 882	32 332	677
17	Teesteuer	14 476	636	4 571	3 378	1 092
18	Zuckersteuer	40 156	1 527	9 005	14 068	1 353
19	Branntweinabgaben	1 340 108	122 331	188 697	368 454	85 838
20	Schaumweinsteuer	229 811	794	777	9 426	79 946
21	Leuchtmittelsteuer	32 567	131	1 020	13 045	2 594
22	Mineralölsteuer	8 633 788 ^{a)}	17 763	401 090	2 611 740	271 414
23	Sonstige (vorwiegend Salzsteuer)	12 139	1	6 097	1 642	0
24	Ergänzungsabgabe	3 843	195	69	2 433	603

a) Darunter 268 721 (000) DM Heizölsteuer.

der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vierteljahr 1985

und Ländern

DM

Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadt- staaten	Lfd. Nr.
4 030 416	15 407 444	15 194 394	1 090 918	81 653 680	5 802 100	1 366 709	1 889 212	9 058 021	1
1 974 449	7 295 214	7 626 467	625 926	40 073 687	2 306 530	642 271	847 763	3 796 564	2
347 692	1 399 310	1 476 565	39 707	7 645 417	454 714	107 496	289 465	851 675	3
23 786	296 192	94 019	5 468	834 735	24 135	16 888	35 803	76 826	4
440 178	2 291 838	1 236 244	- 57 587	7 553 223	568 199	68 137	224 526	860 862	5
770 782	2 233 031	2 617 287	212 689	12 475 291	1 039 803	152 219	357 221	1 549 243	6
473 529	1 891 859	2 143 812	264 715	13 071 327	1 408 719	379 698	134 434	1 922 851	7
485 552	1 508 686	968 606	36 458	9 606 885	4 455 288	269 632	3 766 893	8 491 813	8
11 522	11 206	11 005	426	111 006	6 997	1 876	10 372	19 245	9
1 599	13 644	30 132	439	156 494	16 663	1 123	6 997	24 783	10
3 807	35 043	98 681	1 735	359 867	63 463	3 111	5 765	72 339	11
2 347	15 520	12 294	1 121	83 920	6 677	4 224	1 084	11 985	12
466 391	1 433 120	816 381	32 779	8 892 188	4 361 445	259 315	3 742 268	8 363 028	13
32 073	140 687	232 955	5 645	1 039 090	236 038	65 585	30 536	332 159	14
43	503 329	188	3	1 735 683	36	29	3 455 326	3 455 394	15
12 619	2 304	4 283	2	84 445	46 532	126 846	132 027	305 405	16
19	386	83	0	10 165	2 104	2 114	91	4 309	17
1	8 812	3 406	242	38 414	1 087	157	498	1 742	18
193 144	65 826	107 939	4 695	1 136 924	78 604	40 645	83 936	203 185	19
98 740	10 707	21 669	4 483	226 542	2 334	417	518	3 269	20
79	866	10 964	73	28 772	173	71	3 552	3 796	21
129 477	698 553	432 494	17 502	4 580 033	3 994 536	23 448	35 770	4 053 754	22
196	1 650	2 400	134	12 120	1	3	14	18	23
- 114	153	113	- 42	3 410	43	- 17	407	433	24

1 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes,

1.4 Nach Steuerarten

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen
						v o r
25	Landessteuern	4 336 626	156 796	454 655	1 057 907	431 787
26	Vermögensteuer	1 085 470	29 119	94 297	289 561	133 190
27	Erbschaftsteuer	384 986	11 794	44 993	96 135	30 123
28	Grunderwerbsteuer	550 181	29 032	63 383	66 835	60 935
29	Kraftfahrzeugsteuer	1 506 069	62 783	182 996	384 112	143 786
30	Rennwett- und Lotteriesteuer	416 961	1 771	43 032	117 338	39 405
31	Totalisatorsteuer	23 215	268	333	10 850	987
32	Andere Rennwettsteuer	4 747	42	482	2 175	501
33	Lotteriesteuer	377 148	15 481	42 217	100 232	36 502
34	Sportwettsteuer ¹⁾	11 851	-	-	4 080	1 415
35	Feuerschutzsteuer	71 822	1 604	4 777	7 806	- 1 842
36	Biersteuer	321 092	6 673	21 177	96 120	26 190
37	Sonstige	45	-	-	-	-
38	Gemeindesteuern	10 027 662	269 840	980 078	2 741 223	1 022 303
39	Grundsteuern	1 576 320	60 799	198 528	427 450	135 020
40	Gewerbsteuer (100 %)	8 100 424	198 721	754 313	2 168 166	859 789
41	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	350 918	10 320	27 237	145 607	27 494
42	Steuereinnahmen insgesamt	123 174 694	3 123 270	9 406 037	35 580 269	11 543 104
						n a c h
43	EG-Anteile an Zöllen	1 356 118	x	x	x	x
44	EG-Anteile Umsatzsteuer	2 466 357	x	x	x	x
45	Steuereinnahmen des Bundes	61 308 624	x	x	x	x
46	Bundessteuern ²⁾	16 742 588	x	x	x	x
47	Einkommen- und Körperschaftsteuer (42,5 bzw. 50 %)	26 918 944	x	x	x	x
48	Umsatzsteuern ³⁾ (65,5 %)	16 540 899	x	x	x	x
49	Gewerbsteuerumlage (50 %)	1 106 193	x	x	x	x
50	Steuereinnahmen der Länder	42 373 218	1 606 547	4 402 684	11 388 263	4 229 028
51	Landessteuern	4 336 626	156 796	454 655	1 057 907	431 787
52	Einkommen- und Körperschaftsteuer (42,5 bzw. 50 %)	26 918 944	990 858	2 639 515	7 303 523	2 849 529
53	Umsatzsteuern (34,5 %)	10 011 455	426 183	1 206 582	2 734 024	836 122
54	Gewerbsteuerumlage (50 %)	1 106 193	32 710	101 932	292 809	111 590
55	Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv.	20 684 993	733 000	2 166 445	5 867 806	2 088 698
56	Gemeindesteuern	10 027 662	269 840	980 078	2 741 223	1 022 303
57	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	2 197 886	65 415	203 851	585 621	223 257
58	Gemeindeanteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer (15 %)	12 855 215	528 575	1 390 218	3 712 204	1 289 652
59	Steuereinnahmen insgesamt	128 189 310	x	x	x	x
60	Außerdem:					
	Lastenausgleichsabgaben	203	1	1	120	4

1) Soweit von den Länderfinanzverwaltungen getrennt nachgewiesen.

2) Nach Abzug der EG-Anteile an Zöllen.

3) Nach Abzug der EG-Anteile Umsatzsteuer.

der Länder und der Gemeinden/Gv. im 4. Vierteljahr 1985

und Ländern

DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
Steuerverteilung									
205 291	713 905	890 639	59 375	3 970 355	155 657	49 457	161 157	366 271	25
43 536	188 144	199 100	10 622	987 569	56 509	11 374	30 018	97 901	26
15 252	56 783	77 961	1 690	334 731	17 469	5 808	26 978	50 255	27
-	118 191	152 570	3 509	494 455	20 240	3 752	31 734	55 726	28
94 002	249 436	268 727	26 865	1 412 707	37 137	15 131	41 094	93 362	29
25 906	60 134	65 057	7 303	373 966	17 464	4 464	21 067	42 995	30
1	7	4 968	1	17 415	1 916	119	3 765	5 800	31
-	595	331	10	4 136	562	-	49	611	32
25 905	56 327	57 175	7 292	341 131	14 417	4 346	17 253	36 016	33
-	3 205	2 583	-	11 283	568	-	-	568	34
8 700	4 765	43 687	934	70 431	- 746	451	1 686	1 391	35
17 895	36 407	83 537	8 452	296 451	7 584	8 477	8 580	24 641	36
-	45	-	-	45	-	-	-	-	37
625 421	1 646 734	1 661 405	108 409	9 055 413	560 608	174 474	237 166	972 248	38
87 546	179 597	310 151	27 099	1 426 190	76 949	27 903	45 277	150 129	39
490 014	1 422 911	1 332 255	75 207	7 301 376	469 103	140 627	189 316	799 046	40
47 861	44 226	18 999	6 103	327 847	14 556	5 944	2 573	23 073	41
5 346 680	19 276 769	18 715 044	1 295 160	104 286 333	10 973 653	1 860 272	6 054 428	18 888 353	42

Steuerverteilung

x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	43
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	44
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	45
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	46
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	47
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	48
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	49
2 290 826	7 099 440	7 434 738	634 305	39 085 831	1 556 028	504 067	1 227 292	3 287 387	50	
205 291	713 905	890 639	59 375	3 970 355	155 657	49 457	161 157	366 271	51	
1 435 199	4 784 231	4 459 653	277 593	24 740 101	1 113 542	345 813	719 488	2 178 843	52	
593 225	1 403 014	1 879 898	287 222	9 366 270	238 668	100 092	306 425	645 185	53	
57 111	198 290	204 547	10 115	1 009 104	48 161	8 705	40 222	97 088	54	
955 094	3 443 709	3 791 496	257 871	19 304 119	784 435	253 194	343 242	1 380 871	55	
625 421	1 646 734	1 661 405	108 409	9 055 413	560 608	174 474	237 166	972 248	56	
75 836	396 614	432 508	20 608	2 003 710	96 322	17 411	80 444	194 177	57	
405 509	2 193 589	2 562 599	170 070	12 252 416	320 149	96 131	186 520	602 800	58	
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	59
7	19	49	-	201	7	0	- 3	4	60	

2 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv.

2.1 Nach Steuerarten

Mill.

Lfd. Nr.	Steuerart	Viertel-jahr	Bundes-gebiet	Schleswig-Holstein	Nieder-sachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen
1	Steuern insgesamt	4./85	20 685,0	733,0	2 166,4	5 867,8	2 088,7
2		3./85	14 873,6	472,7	1 439,1	4 174,8	1 488,6
3		4./84	18 863,6	702,0	1 888,5	5 615,0	1 857,7
4	Grundsteuer A	4./85	110,7	7,5	24,2	12,0	6,5
5		3./85	116,1	8,0	26,4	14,2	8,6
6		4./84	108,0	7,1	23,4	11,9	6,5
8	Grundsteuer B	4./85	1 465,6	53,3	174,3	415,5	128,5
8		3./85	2 033,1	79,4	225,1	566,4	165,5
9		4./84	1 426,8	53,7	168,5	402,2	121,6
10	Gewerbesteuer	4./85	8 100,4	198,7	754,3	2 168,2	859,8
11		3./85	7 632,4	193,3	678,0	2 086,2	827,2
12		4./84	7 244,5	194,9	639,7	2 061,3	753,9
13	Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	4./85	2 197,9	65,4	203,9	585,6	223,3
14		3./85	1 112,3	33,1	101,0	287,7	117,5
15		4./84	1 971,6	62,3	194,0	513,5	191,2
16	Gemeindeanteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer	4./85	12 855,2	528,6	1 390,2	3 712,2	1 289,7
17		3./85	5 856,2	214,7	581,1	1 633,4	575,4
18		4./84	11 760,0	500,8	1 225,5	3 497,9	1 139,7
19	Sonstige Steuern und steuer- ähnliche Einnahmen	4./85	350,9	10,3	27,2	145,6	27,5
20		3./85	348,1	10,5	29,5	162,3	29,5
21		4./84	295,9	7,9	25,4	155,2	27,1

n a c h der Steuerverteilung im 4. Vierteljahr 1985

und Ländern

DM

Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Lfd. Nr.
955,1	3 443,7	3 791,5	257,9	784,4	253,2	343,2	1
831,5	2 377,6	2 646,2	170,7	728,0	212,7	331,7	2
833,6	3 089,7	3 487,8	244,9	638,1	225,2	281,1	3
7,4	20,5	31,6	0,5	0,5	0,1	0,0	4
8,9	10,4	38,2	0,7	0,3	0,2	0,0	5
7,4	19,2	31,4	0,5	0,5	0,1	0,0	6
80,2	159,1	278,5	26,6	76,5	27,8	45,2	7
108,8	294,4	348,4	29,4	103,1	32,9	79,8	8
74,3	169,0	268,4	24,9	73,9	26,6	43,7	9
490,0	1 422,9	1 332,3	75,2	469,1	140,6	189,3	10
389,2	1 276,7	1 437,3	79,0	402,9	108,0	154,7	11
389,8	1 279,0	1 220,0	80,3	353,6	112,4	159,5	12
75,8	396,6	432,5	20,6	96,3	17,4	80,4	13
57,9	200,6	202,2	9,9	51,6	13,4	37,5	14
58,7	354,6	394,2	21,6	90,5	14,6	76,3	15
405,5	2 193,6	2 562,6	170,1	320,1	96,1	186,5	16
337,7	978,3	1 005,8	64,8	254,1	79,2	131,7	17
381,8	1 981,5	2 341,8	154,7	288,1	96,6	151,6	18
47,9	44,2	19,0	6,1	14,6	5,9	2,6	19
44,8	18,4	18,6	6,7	19,2	5,7	3,0	20
39,0	- 4,4	20,5	6,0	12,6	4,2	2,6	21

2 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv.

2.2 Nach Steuerarten, Körper

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen
						Ins
1	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	110 743	7 462	24 208	11 976	6 487
2	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	1 465 577	53 337	174 320	415 474	128 533
3	Gewerbsteuer	8 100 424	198 721	754 313	2 168 166	859 789
4	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	2 197 886	65 415	203 851	585 621	223 257
5	Gewerbsteuer (netto)	5 902 537	133 306	550 462	1 582 545	636 532
6	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	12 855 215	528 575	1 390 218	3 712 204	1 289 652
7	Grunderwerbsteuer	234 693	3 905	11 071	112 265	7 808
8	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	116 225	6 415	16 166	33 342	19 686
9	Insgesamt ...	20 684 993	733 000	2 166 445	5 867 806	2 088 698
						Kreisfreie
10	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	4 640	191	582	1 069	206
11	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	545 031	13 901	56 942	218 116	60 069
12	Gewerbsteuer	3 516 565	66 246	282 569	1 257 352	507 967
13	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	853 889	18 389	74 459	304 287	103 657
14	Gewerbsteuer (netto)	2 662 675	47 856	208 110	953 065	404 310
15	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	4 178 695	129 015	349 661	1 761 762	358 440
16	Grunderwerbsteuer	85 581	118	1 833	53 603	1 738
17	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	37 150	869	5 697	16 596	10 611
18	Insgesamt ...	7 513 773	191 951	622 825	3 004 211	835 374

n a c h der Steuerverteilung im 4. Vierteljahr 1985

schaftsgruppen und Ländern

DM

Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadt- staaten	Lfd. Nr.
gesamt									
7 382	20 472	31 622	512	110 121	484	102	36	622	1
80 164	159 125	278 529	26 587	1 316 069	76 465	27 801	45 241	149 507	2
490 014	1 422 911	1 332 255	75 207	7 301 376	469 103	140 627	189 316	799 046	3
75 836	396 614	432 508	20 608	2 003 710	96 322	17 411	80 444	194 177	4
414 178	1 026 297	899 747	54 599	5 297 666	372 781	123 216	108 872	604 869	5
405 509	2 193 589	2 562 599	170 070	12 252 416	320 149	96 131	186 520	602 800	6
37 187	34 883	17 972	4 600	229 691	-	5 002	-	5 002	7
10 674	9 343	1 027	1 503	98 156	14 556	942	2 573	18 071	8
955 094	3 443 709	3 791 496	257 871	19 304 119	784 435	253 194	343 242	1 380 871	9
Städte									
565	1 249	778	-	x	x	x	x	x	10
32 966	40 263	122 774	-	x	x	x	x	x	11
209 591	470 319	722 521	-	x	x	x	x	x	12
28 235	117 765	207 097	-	x	x	x	x	x	13
181 356	352 554	515 424	-	x	x	x	x	x	14
126 802	473 057	979 958	-	x	x	x	x	x	15
12 238	8 887	7 164	-	x	x	x	x	x	16
2 342	931	104	-	x	x	x	x	x	17
356 269	876 941	1 626 202	-	x	x	x	x	x	18

2 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung im 4. Vj 1985

2.2 Nach Steuerarten, Körperschaftsgruppen und Ländern

1 000 DM

Steuerart	Bundes- gebiet	Schles- wig- Hol- stein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saar- land ¹⁾
Kreisangehörige Gemeinden									
Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	105 458	7 271	23 626	10 907	6 281	6 816	19 223	30 822	512
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	771 037	39 436	117 378	197 358	68 464	47 198	118 863	155 753	26 587
Gewerbesteuer	3 784 710	132 475	471 744	910 814	351 822	280 423	952 593	609 632	75 207
Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	1 149 821	47 026	129 392	281 334	119 600	47 601	278 849	225 411	20 608
Gewerbesteuer (netto) ..	2 634 889	85 449	342 352	629 480	232 222	232 822	673 744	384 221	54 599
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	8 073 720	399 560	1 040 556	1 950 442	931 212	278 707	1 720 532	1 582 641	170 070
Grunderwerbsteuer	1 009	-	174	-	-	-	-	835	-
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	54 933	5 053	9 899	16 063	7 616	5 358 ^{a)}	8 047	923	1 974
Insgesamt ...	11 641 046	536 769	1 533 985	2 804 250	1 245 795	570 901	2 540 409	2 155 195	253 742
Landkreise									
Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	23	-	-	-	-	-	-	23	-
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	2	-	-	-	-	-	-	2	-
Gewerbesteuer	102	-	-	-	-	-	-	102	-
Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbesteuer (netto) ..	102	-	-	-	-	-	-	102	-
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Grunderwerbsteuer	143 101	3 787	9 064	58 662	6 070	24 949	25 996	9 973	4 600
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	6 072	493	570	683	1 459	2 973	365	-	471
Insgesamt ...	149 301	4 280	9 634	59 345	7 529	27 923	26 361	10 100	4 129

1) Bei kreisangehörigen Gemeinden: einschl. Landeshauptstadt Saarbrücken; Landkreise: einschl. Stadtverband Saarbrücken.

a) Einschl. 973 (000) DM der Verbandsgemeinden.

2 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung im 4. Vj 1985

2.3 Nach Körperschaftsgruppen und Ländern

1 000 DM

Land	Viertel- Jahr	Gemeinden und Gemeindeverbände					Land- kreise
		insgesamt	Kreisfreie Städte	Kreisangehörige Gemeinden			
				zusammen	mit 10 000 und mehr	mit weniger als 10 000	
			Einwohnern				
Schleswig-Holstein	4./85	733 000	191 951	536 769	275 113	261 656	4 280
	3./85	472 749	130 080	339 081	180 384	158 697	3 588
	4./84	701 952	193 175	504 138	252 175	251 963	4 639
Niedersachsen	4./85	2 166 445	622 825	1 533 985	1 088 765	445 222	9 634
	3./85	1 439 099	479 587	949 084	675 318	273 766	10 428
	4./84	1 888 453	559 303	1 319 273	929 226	390 047	9 878
Nordrhein-Westfalen ...	4./85	5 867 806	3 004 211	2 804 250	2 672 428	131 822	59 345
	3./85	4 174 790	2 218 629	1 885 812	1 805 504	80 308	70 349
	4./84	5 615 041	2 889 946	2 657 307	2 532 005	125 302	67 788
Hessen	4./85	2 088 698	835 374	1 245 795	902 673	343 122	7 529
	3./85	1 488 623	663 907	816 439	599 072	217 367	8 277
	4./84	1 857 688	741 313	1 109 403	802 925	306 478	6 972
Rheinland-Pfalz	4./85	955 094	356 269	570 901	145 163	425 737	27 923
	3./85	831 479	335 661	469 557	136 129	333 427	26 260
	4./84	833 594	315 250	496 264	136 741	359 525	22 080
Baden-Württemberg	4./85	3 443 709	876 941	2 540 409	1 617 265	923 144	26 361
	3./85	2 377 555	685 464	1 684 537	1 080 982	603 555	7 558
	4./84	3 089 726	792 678	2 311 466	1 469 844	841 622	- 14 416
Bayern	4./85	3 791 496	1 626 202	2 155 195	831 523	1 323 673	10 100
	3./85	2 646 158	1 260 794	1 375 575	544 317	831 258	9 790
	4./84	3 487 836	1 471 512	2 005 731	768 097	1 237 634	10 594
Saarland	4./85	257 871	-	253 742	236 111	17 631	4 129
	3./85	170 748	-	166 437	155 309	11 128	4 311
	4./84	244 859	-	240 493	225 548	14 945	4 366
Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	4./85	19 304 119	7 513 773	11 641 046	7 769 041	3 872 007	149 301
	3./85	13 601 202	5 774 122	7 686 522	5 177 015	2 509 506	140 561
	4./84	17 719 149	6 963 177	10 644 075	7 116 561	3 527 516	111 901

Ergebnisse für das Kalenderjahr 1985

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1985

3.1 Nach Steuerarten v o r der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	1985	1984	Veränderung	
	Mill. DM		%	
Steuereinnahmen insgesamt	437 198,7	414 695,1	+ 22 503,6	+ 5,4
Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs. 3 GG	324 066,5	305 103,6	+ 18 962,9	+ 6,2
Lohnsteuer	147 630,3	136 349,7	+ 11 280,7	+ 8,3
Veranlagte Einkommensteuer	28 568,5	26 367,6	+ 2 200,9	+ 8,3
Kapitalertragsteuer	6 206,3	5 591,2	+ 615,0	+ 11,0
Körperschaftsteuer	31 836,2	26 312,0	+ 5 524,2	+ 21,0
Umsatzsteuer	51 427,8	55 500,3	- 4 072,5	- 7,3
Einfuhrumsatzsteuer	58 397,3	54 982,8	+ 3 414,5	+ 6,2
Bundessteuern	55 035,6	54 059,4	+ 976,2	+ 1,8
Gesellschaftsteuer	424,3	355,6	+ 68,6	+ 19,3
Börsenumsatzsteuer	561,6	341,1	+ 220,4	+ 64,6
Versicherungsteuer	2 475,9	2 275,7	+ 200,2	+ 8,8
Wechselsteuer	400,3	405,8	- 5,5	- 1,4
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer) .	51 164,4	50 664,6	+ 499,8	+ 1,0
Zölle (100 %)	5 412,4	5 331,9	+ 80,5	+ 1,5
Tabaksteuer	14 451,6	14 429,1	+ 22,5	+ 0,2
Kaffeesteuer	1 567,2	1 569,2	- 1,9	- 0,1
Zuckersteuer	142,8	139,3	+ 3,5	+ 2,5
Branntweinabgaben	4 152,7	4 238,4	- 85,7	- 2,0
Schaumweinsteuer	684,3	695,2	- 10,9	- 1,6
Mineralölsteuer	24 520,6	24 033,4	+ 487,2	+ 2,0
Sonstige Verbrauchsteuern ¹⁾	232,9	228,2	+ 4,7	+ 2,1
Ergänzungsabgabe	9,1	16,5	- 7,4	- 44,7
Landessteuern	18 475,4	18 581,4	- 106,0	- 0,6
Vermögensteuer	4 286,8	4 492,3	- 205,5	- 4,6
Erbschaftsteuer	1 511,9	1 568,3	- 56,4	- 3,6
Grunderwerbsteuer	2 151,8	2 234,0	x	x
Kraftfahrzeugsteuer	7 349,5	7 283,8	+ 65,8	+ 0,9
Rennwett- und Lotteriesteuer	1 566,4	1 419,0	+ 147,4	+ 10,4
dar.: Lotteriesteuer	1 410,9	1 261,9	+ 149,0	+ 11,8
Biersteuer	1 254,0	1 254,6	- 0,5	- 0,0
Feuerschutzsteuer.....	354,9	329,4	+ 25,6	+ 7,8
Gemeindesteuern	39 621,2	36 950,7	+ 2 670,5	+ 7,2
Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	439,5	435,3	+ 4,2	+ 1,0
Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	6 926,4	6 667,5	+ 258,9	+ 3,9
Gewerbsteuer	30 758,5	28 320,1	+ 2 438,5	+ 8,6
Grunderwerbsteuer	903,3	967,6	x	x
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	593,5	560,2	+ 33,3	+ 5,9
nachrichtlich: Grunderwerbsteuer insgesamt	3 055,1	3 201,7	- 146,5	- 4,6

1) Siehe Tab. 3.4, lfd. Nr. 17, 21 und 23.

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1985

3.2 Nach Steuerarten n a c h der Steuerverteilung

Steuerart	Steuereinnahmen			
	1985	1984	Veränderung	
	Mill. DM		%	
Steuereinnahmen insgesamt	437 091,5	414 573,2	+ 22 518,3	+ 5,4
EG-Anteile an Zöllen	5 351,5	5 256,7	+ 94,7	+ 1,8
EG-Anteile Umsatzsteuer	9 841,1	9 478,5	+ 362,6	+ 3,8
Steuereinnahmen des Bundes	207 929,7	198 864,5	+ 9 065,2	+ 4,6
Bundessteuern ¹⁾	49 684,1	48 802,7	+ 881,5	+ 1,8
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer (42,5 %)	74 884,5	69 154,8	+ 5 729,7	+ 8,3
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer (50 %)	19 021,3	15 951,6	+ 3 069,6	+ 19,2
Umsatzsteuern ²⁾ (65,5 %)	62 094,4	62 888,0	- 793,6	- 1,3
Gewerbesteuerumlage (50 %)	2 245,4	2 067,3	+ 178,1	+ 8,6
Steuereinnahmen der Länder	152 516,2	143 871,8	+ 8 644,4	+ 6,0
Landessteuern	18 475,4	18 581,4	- 106,0	- 0,6
Anteil an:				
Lohn- und veranlagter Einkommensteuer (42,5 %)	74 884,5	69 154,8	+ 5 729,7	+ 8,3
Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer (50 %)	19 021,3	15 951,6	+ 3 069,6	+ 19,2
Umsatzsteuern (34,5 %)	37 889,7	38 116,7	- 227,0	- 0,6
Gewerbesteuerumlage (50 %)	2 245,4	2 067,3	+ 178,1	+ 8,6
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	11 529,2	10 639,9	+ 889,4	+ 8,4
Länder ohne Stadtstaaten	140 987,0	133 232,0	+ 7 755,0	+ 5,8
Steuereinnahmen der Gemeinden	61 453,1	57 101,8	+ 4 351,3	+ 7,6
Gewerbesteuer (100 %)	30 758,5	28 320,1	+ 2 438,5	+ 8,6
Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	4 508,3	4 146,0	+ 362,3	+ 8,7
Gewerbesteuer (netto)	26 250,2	24 174,1	+ 2 076,1	+ 8,6
Gemeindeanteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	26 340,2	24 297,1	+ 2 043,2	+ 8,4
Übrige Gemeindesteuern	8 862,7	8 630,6	+ 232,0	+ 2,7
Es entfallen auf:				
Stadtstaaten	5 102,1	4 486,5	+ 615,6	+ 13,7
Gemeinden/Gv.	56 351,0	52 615,3	+ 3 735,7	+ 7,1
Kreisfreie Städte	23 203,9	21 726,6	+ 1 477,3	+ 6,8
Kreisangehörige Gemeinden zusammen	32 559,9	30 266,2	+ 2 293,7	+ 7,6
mit weniger als 10 000 Einwohnern	10 573,0	9 805,3	+ 767,7	+ 7,8
mit 10 000 Einwohnern und mehr	21 986,8	20 460,8	+ 1 526,0	+ 7,5
Landkreise	587,2	622,5	- 35,3	- 5,7
Außerdem:				
Lastenausgleichsabgaben	2,4	1,8	+ 0,6	+ 35,7

1) Nach Abzug der EG-Anteile an Zöllen.

2) Nach Abzug der EG-Anteile Umsatzsteuer.

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1985

3.3 Nach Ländern

Mill.DM

Land	Jahr	Steuereinnahmen v o r der Steuerverteilung					Nach der Steuerverteilung entfallen auf	
		Gemeinschaftsteuern	Bundessteuern	Landesteuern	Gemeindesteuern	insgesamt	Länder	Gemeinden
Bundesgebiet	1985	324 066,5	55 035,6	18 475,4	39 621,2	437 198,7	152 516,2	61 453,1
	1984	305 103,6	54 059,4	18 581,4	36 950,7	414 695,1	143 871,8	57 101,8
Schleswig-Holstein ...	1985	8 766,4	614,8	663,6	1 099,4	11 144,1	5 789,2	1 950,4
	1984	8 428,9	604,8	658,9	1 070,1	10 762,7	5 455,2	1 894,8
Niedersachsen	1985	25 379,8	2 339,9	1 845,4	3 745,1	33 310,2	15 884,4	5 992,6
	1984	24 289,1	2 252,1	1 833,4	3 502,0	31 876,5	14 975,7	5 512,0
Nordrhein-Westfalen ..	1985	96 510,0	14 960,4	4 727,7	11 025,6	127 223,6	41 122,3	17 205,2
	1984	92 435,4	14 329,2	4 698,7	10 574,5	122 037,8	39 172,6	16 373,2
Hessen	1985	33 253,6	2 687,1	1 806,5	4 065,8	41 813,0	15 129,3	6 215,7
	1984	30 538,6	2 701,3	1 836,1	3 654,9	38 730,8	14 052,2	5 645,3
Rheinland-Pfalz	1985	14 153,6	1 539,5	901,1	2 198,8	18 793,0	8 171,6	3 333,2
	1984	13 540,8	1 797,5	882,3	2 073,0	18 293,6	7 793,0	3 132,4
Baden-Württemberg	1985	53 605,6	4 702,0	3 037,8	6 436,8	67 782,1	25 155,1	10 008,4
	1984	50 605,2	4 579,3	3 131,8	6 078,6	64 394,9	23 725,3	9 320,8
Bayern	1985	55 237,8	3 450,2	3 674,5	7 046,7	69 409,3	27 448,2	10 896,2
	1984	51 203,7	3 388,4	3 692,3	6 443,5	64 727,9	25 905,7	10 009,4
Saarland	1985	4 181,3	140,9	259,9	454,3	5 036,4	2 286,9	749,2
	1984	4 111,2	149,1	253,1	456,2	4 969,6	2 152,3	727,4
Hamburg	1985	21 856,5	13 078,0	674,9	2 046,1	37 655,6	5 746,1	2 912,1
	1984	19 978,6	12 986,5	737,6	1 745,9	35 448,6	5 357,5	2 539,6
Bremen	1985	5 129,6	1 022,5	205,5	605,1	6 962,7	1 759,3	872,7
	1984	4 534,7	1 122,7	207,6	523,0	6 388,0	1 651,6	776,2
Berlin (West)	1985	5 992,3	10 500,3	678,5	897,5	18 068,7	4 023,9	1 317,4
	1984	5 437,6	10 148,6	649,6	828,9	17 064,7	3 630,7	1 170,6

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes,

3.4 Nach Steuerarten

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen
						v o r d e r
1	Gemeinschaftsteuern nach Art. 106 Abs 3 GG	324 066 511	8 766 368	25 379 816	96 509 992	33 253 591
2	Lohnsteuer	147 630 339	4 424 974	13 312 990	42 139 757	15 735 866
3	Veranlagte Einkommensteuer	28 568 496	976 812	2 393 297	8 699 434	2 173 972
4	Kapitalertragsteuer	6 206 291	90 704	445 539	1 710 325	1 033 773
5	Körperschaftsteuer	31 836 239	633 567	2 862 130	6 428 050	4 318 913
6	Umsatzsteuer	51 427 835	1 465 678	2 746 551	15 966 113	4 126 644
7	Einfuhrumsatzsteuer	58 397 311	1 174 633	3 619 309	21 566 313	5 864 423
8	Bundessteuern	55 035 613	614 750	2 339 902	14 960 351	2 687 068
9	Gesellschaftsteuer	424 271	9 836	28 234	123 032	57 975
10	Börseumsatzsteuer	561 574	4 107	10 910	114 858	206 129
11	Versicherungsteuer	2 475 931	37 228	236 432	802 479	288 631
12	Wechselsteuer	400 262	5 174	21 265	103 058	87 107
13	Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	51 164 443	558 133	2 042 331	13 812 688	2 045 529
14	Zölle (100 %)	5 412 377	92 011	231 005	1 450 479	753 171
15	Tabaksteuer	14 451 574	162	196	3 603 746	402
16	Kaffeesteuer	1 567 233	12 310	117 279	118 106	2 626
17	Teesteuer	61 714	3 439	19 892	12 440	4 849
18	Zuckersteuer	142 778	5 287	30 450	50 442	4 785
19	Branntweinabgaben	4 152 663	390 446	518 987	1 149 280	274 146
20	Schaumweinsteuer	684 281	2 958	2 898	24 288	211 135
21	Leuchtmittelsteuer	128 761	563	4 956	45 179	10 750
22	Mineralölsteuer	24 520 613 ^{a)}	50 947	1 097 264	7 352 583	783 664
23	Sonstige (vorwiegend Salzsteuer)	42 449	10	19 404	6 145	1
24	Ergänzungsabgabe	9 132	272	730	4 236	1 697

a) Darunter 798 530 (000) DM Heizölsteuer.

der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1985

und Ländern

DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
Steuerverteilung									
14 153 599	53 605 600	55 237 849	4 181 288	291 088 103	21 856 488	5 129 628	5 992 291	32 978 407	1
6 455 963	25 007 738	25 492 456	2 130 749	134 700 493	7 959 391	2 125 322	2 845 132	12 929 845	2
1 258 278	4 976 599	5 319 171	62 711	25 860 274	1 617 067	456 941	634 212	2 708 220	3
199 970	1 019 828	900 539	30 091	5 430 769	534 554	40 756	200 213	775 523	4
1 511 783	7 726 016	5 465 517	14 550	28 960 526	2 151 013	261 365	463 337	2 875 715	5
2 713 842	7 660 299	9 995 879	891 511	45 566 517	3 781 078	746 116	1 334 124	5 861 318	6
2 013 763	7 215 120	8 064 287	1 051 676	50 569 524	5 813 385	1 499 128	515 273	7 827 786	7
1 539 530	4 701 997	3 450 229	140 903	30 434 730	13 078 043	1 022 519	10 500 316	24 600 878	8
18 843	37 693	85 056	7 762	368 431	27 606	5 005	23 229	55 840	9
5 262	44 476	101 698	1 583	489 023	46 907	4 846	20 795	72 548	10
11 469	233 222	492 207	14 255	2 115 923	309 890	17 765	32 354	360 009	11
11 071	65 015	50 841	5 080	348 611	27 990	18 421	5 241	51 652	12
1 492 832	4 320 767	2 720 349	112 221	27 104 850	12 665 317	976 416	10 417 857	24 059 590	13
135 937	538 799	903 818	19 541	4 124 761	908 627	262 931	116 058	1 287 616	14
202	1 453 647	833	23	5 059 211	178	92	9 392 092	9 392 362	15
52 435	9 227	16 450	13	328 446	204 109	515 657	519 020	1 238 786	16
44	2 460	633	1	43 758	9 015	8 749	191	17 955	17
33	34 174	10 152	730	136 053	4 241	634	1 850	6 725	18
597 313	235 670	353 528	15 252	3 534 622	226 820	127 470	263 752	618 042	19
311 686	35 459	71 246	14 531	674 201	7 570	1 504	1 006	10 080	20
322	2 835	47 745	262	112 612	714	192	15 243	16 149	21
394 107	2 002 401	1 306 983	61 406	13 049 355	11 304 044	59 180	108 033	11 471 257	22
753	6 095	8 961	462	41 831	- 1	7	612	618	23
53	824	78	2	7 892	333	66	840	1 239	24

3 Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes,

3.4 Nach Steuerarten

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen
						v o r d e r
25	Landessteuern	18 475 359	663 558	1 845 386	4 727 679	1 806 511
26	Vermögensteuer	4 286 764	105 357	348 524	1 208 602	499 324
27	Erbschaftsteuer	1 511 898	41 066	133 247	406 544	111 166
28	Grunderwerbsteuer	2 151 799	116 603	244 473	275 497	239 205
29	Kraftfahrzeugsteuer	7 349 543	304 136	850 007	1 934 185	682 871
30	Rennwett- und Lotteriesteuer	1 566 366	58 804	158 766	449 162	128 633
31	Totalisatorsteuer	94 641	916	1 604	43 192	2 878
32	Andere Rennwettsteuer	20 032	141	1 837	10 042	2 462
33	Lotteriesteuer	1 410 918	57 747	155 325	381 255	118 463
34	Sportwettsteuer ¹⁾	40 776	-	-	14 673	4 831
35	Feuerschutzsteuer	354 886	12 137	40 372	70 541	40 826
36	Biersteuer	1 254 042	25 455	69 997	383 148	104 487
37	Sonstige	60	-	-	-	-
38	Gemeindesteuern	39 621 187	1 099 425	3 745 098	11 025 590	4 065 801
39	Grundsteuern	7 365 857	285 276	898 537	1 953 728	655 176
40	Gewerbesteuer (100 %)	30 758 533	775 878	2 733 668	8 421 442	3 292 322
41	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	1 496 797	38 271	112 893	650 420	118 303
42	Steuereinnahmen insgesamt	437 198 670	11 144 101	33 310 202	127 223 612	41 812 971
						n a c h d e r
43	EG-Anteile an Zöllen	5 351 473	x	x	x	x
44	EG-Anteile Umsatzsteuer	9 841 115	x	x	x	x
45	Steuereinnahmen des Bundes	207 929 671	x	x	x	x
46	Bundessteuern ²⁾	49 684 140	x	x	x	x
47	Einkommen- und Körperschaftsteuer (42,5 bzw. 50 %)	93 905 770	x	x	x	x
48	Umsatzsteuern ³⁾ (65,5 %)	62 094 356	x	x	x	x
49	Gewerbesteuerumlage (50 %)	2 245 404	x	x	x	x
50	Steuereinnahmen der Länder	152 516 208	5 789 180	15 884 408	41 122 318	15 129 284
51	Landessteuern	18 475 359	663 558	1 845 386	4 727 679	1 806 511
52	Einkommen- und Körperschaftsteuer (42,5 bzw. 50 %)	93 905 770	3 298 939	9 207 630	25 431 077	9 869 814
53	Umsatzsteuern (34,5 %)	37 889 675	1 761 094	4 631 172	10 360 786	3 229 549
54	Gewerbesteuerumlage (50 %)	2 245 404	65 589	200 220	602 775	223 410
55	Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv.	61 453 081	1 950 406	5 992 643	17 205 216	6 215 652
56	Gemeindesteuern	39 621 187	1 099 425	3 745 098	11 025 590	4 065 801
57	Gewerbesteuerumlage (Ausgabe)	4 508 324	131 171	400 355	1 205 547	447 126
58	Gemeindeanteil an der Lohn-/veranlagten Einkommensteuer (15 %)	26 340 215	982 152	2 647 900	7 385 173	2 596 977
59	Steuereinnahmen insgesamt	437 091 548	x	x	x	x
	Außerdem:					
60	Lastenausgleichsabgaben	2 400	9	67	2 219	58

1) Soweit von den Länderfinanzverwaltungen getrennt nachgewiesen.

2) Nach Abzug der EG-Anteile an Zöllen.

3) Nach Abzug der EG-Anteile Umsatzsteuer.

der Länder und der Gemeinden/Gv. im Jahr 1985

und Ländern

DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
Steuerverteilung									
901 103	3 037 777	3 674 455	259 904	16 916 373	674 947	205 500	678 537	1 558 984	25
172 532	723 744	763 414	41 321	3 862 818	232 510	47 870	143 565	423 945	26
57 376	254 159	295 825	17 197	1 316 580	65 307	23 552	106 459	195 318	27
-	455 711	585 368	12 239	1 929 096	86 936	13 672	122 095	222 703	28
463 669	1 175 536	1 376 605	122 822	6 909 831	175 825	74 367	189 521	439 713	29
112 202	216 987	242 039	27 633	1 394 226	75 063	17 393	79 685	172 141	30
6	4 853	19 259	2	72 710	8 353	621	12 957	21 931	31
-	2 177	820	39	17 518	2 293	-	221	2 514	32
112 196	199 583	212 984	27 592	1 265 145	62 495	16 771	66 506	145 772	33
-	10 373	8 975	-	38 852	1 922	-	-	1 922	34
22 875	66 863	75 207	4 773	333 594	9 014	3 178	9 098	21 290	35
72 448	144 717	335 997	33 919	1 170 168	30 290	25 469	28 114	83 873	36
-	60	-	-	60	-	-	-	-	37
2 198 769	6 436 769	7 046 738	454 319	36 072 510	2 046 106	605 061	897 510	3 548 677	38
389 371	1 026 266	1 365 745	119 569	6 693 668	301 936	136 553	233 700	672 189	39
1 613 410	5 253 209	5 585 665	307 201	27 982 795	1 681 123	444 209	650 403	2 775 736	40
195 988	157 295	95 328	27 549	1 396 047	63 047	24 299	13 406	100 752	41
18 793 001	67 782 143	69 409 271	5 036 414	374 511 716	37 655 584	6 962 708	18 068 654	62 686 946	42

Steuerverteilung

x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	43
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	44
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	45
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	46
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	47
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	48
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	49
8 171 583	25 155 125	27 448 153	2 286 929	140 986 980	5 746 056	1 759 263	4 023 905	11 529 224	50	
901 103	3 037 777	3 674 455	259 904	16 916 373	674 947	205 500	678 537	1 558 984	51	
4 907 714	16 304 977	16 564 485	1 021 211	86 605 847	4 047 876	1 138 877	2 113 167	7 299 920	52	
2 247 474	5 402 980	6 806 632	986 026	35 425 713	926 072	387 387	1 150 502	2 463 961	53	
115 292	409 391	402 580	19 788	2 039 045	97 160	27 499	81 699	206 358	54	
3 333 233	10 008 378	10 896 219	749 231	56 350 979	2 912 068	872 671	1 317 360	5 102 099	55	
2 198 769	6 436 769	7 046 738	454 319	36 072 510	2 046 106	605 061	897 510	3 548 677	56	
243 396	818 997	809 240	39 778	4 095 610	194 320	54 997	163 399	412 716	57	
1 377 860	4 390 606	4 658 721	334 690	24 374 079	1 060 282	322 607	583 248	1 966 137	58	
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	59
78	60	327	-	2 818	31	5	- 452	- 416	60	

4 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung

1 000

Lfd. Nr.	Steuerart	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen
						Ins
1	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	439 452	30 601	100 804	53 750	33 011
2	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke)	6 926 405	254 675	797 733	1 899 978	622 165
3	Gewerbsteuer	30 758 533	775 878	2 733 668	8 421 442	3 292 322
4	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	4 508 324	131 171	400 355	1 205 547	447 126
5	Gewerbsteuer (netto)	26 250 208	644 707	2 333 313	7 215 895	2 845 196
6	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ...	26 340 215	982 152	2 647 900	7 385 173	2 596 977
7	Grunderwerbsteuer.....	903 347	14 181	45 557	489 996	29 888
8	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	593 450	24 090	67 336	160 424	88 415
9	Insgesamt ...	61 453 081	1 950 406	5 992 643	17 205 216	6 215 652
						Kreisfreie
10	Grundsteuer A (Land- und Forstwirtschaft)	17 688	515	2 641	5 045	1 275
11	Grundsteuer B (Sonstige Grundstücke) ...	2 670 192	79 964	267 784	1 041 811	301 819
12	Gewerbsteuer	13 438 705	263 744	1 073 563	4 746 773	1 863 390
13	Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	1 728 629	38 363	142 338	623 052	209 509
14	Gewerbsteuer (netto)	11 710 075	225 380	931 225	4 123 721	1 653 881
15	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ...	8 298 450	239 668	666 361	3 507 872	723 226
16	Grunderwerbsteuer	333 982	481	8 318	218 292	8 204
17	Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	173 559	4 687	22 679	75 250	43 122
18	Insgesamt ...	23 203 947	550 696	1 899 008	8 971 991	2 731 527

im Jahr 1985 nach Steuerarten, Körperschaftsgruppen und Ländern

DM

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	Hamburg	Bremen	Berlin (West)	Stadtstaaten	Lfd. Nr.
gesamt									
33 574	46 306	136 759	2 620	437 425	1 405	479	144	2 028	1
355 797	979 960	1 228 986	116 949	6 256 243	300 531	136 074	233 556	670 161	2
1 613 410	5 253 209	5 585 665	307 201	27 982 795	1 681 123	444 209	650 403	2 775 736	3
243 396	818 997	809 240	39 778	4 095 610	194 320	54 997	163 399	412 716	4
1 370 014	4 434 212	4 776 425	267 423	23 887 185	1 486 803	389 212	487 005	2 363 020	5
1 377 860	4 390 606	4 658 721	334 690	24 374 079	1 060 282	322 607	583 248	1 966 137	6
145 526	69 859	73 590	16 521	885 118	-	18 229	-	18 229	7
50 462	87 436	21 738	11 028	510 929	63 047	6 070	13 406	82 523	8
3 333 233	10 008 378	10 896 219	749 231	56 350 979	2 912 068	872 671	1 317 360	5 102 099	9

Städte

2 274	2 151	3 787	-	x	x	x	x	x	10
144 162	271 470	563 182	-	x	x	x	x	x	11
758 548	1 684 443	3 048 244	-	x	x	x	x	x	12
102 433	232 440	380 494	-	x	x	x	x	x	13
656 115	1 452 003	2 667 750	-	x	x	x	x	x	14
430 855	948 832	1 781 636	-	x	x	x	x	x	15
49 954	17 604	31 129	-	x	x	x	x	x	16
9 979	10 819	7 022	-	x	x	x	x	x	17
1 293 339	2 702 879	5 054 506	-	x	x	x	x	x	18

**4 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv. n a c h der Steuerverteilung
im Jahr 1985 nach Steuerarten, Körperschaftsgruppen und Ländern**

1 000 DM

Steuerart	Bundes- gebiet	Schles- wig- Hol- stein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saar- land ¹⁾
Kreisangehörige Gemeinden									
Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	418 080	30 086	98 163	48 705	31 736	31 299	44 155	131 316	2 620
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	3 586 001	174 711	529 950	858 167	320 346	211 634	708 490	665 754	116 949
Gewerbsteuer	14 543 764	512 134	1 660 105	3 674 669	1 428 932	854 863	3 568 767	2 537 093	307 201
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	2 366 980	92 808	258 018	582 495	237 617	140 963	586 555	428 746	39 778
Gewerbsteuer (netto) ..	12 176 784	419 326	1 402 087	3 092 174	1 191 315	713 900	2 982 212	2 108 347	267 423
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	16 075 628	742 484	1 981 539	3 877 301	1 873 751	947 004	3 441 774	2 877 085	334 690
Grunderwerbsteuer	4 912	-	904	-	-	-	-	4 008	-
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	298 457	17 095	40 724	74 303	38 158	31 882 ^{a)}	72 400	14 715	9 180
Insgesamt ...	32 559 862	1 383 702	4 053 367	7 950 650	3 455 306	1 935 719	7 249 031	5 801 225	730 862
Landkreise									
Grundsteuer A (Land- und Forst- wirtschaft)	1 658	-	-	-	-	-	-	1 658	-
Grundsteuer B (Sonstige Grund- stücke)	51	-	-	-	-	-	-	51	-
Gewerbsteuer	328	-	-	-	-	-	-	328	-
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbsteuer (netto) ..	328	-	-	-	-	-	-	328	-
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Grunderwerbsteuer	546 224	13 700	36 334	271 704	21 684	95 574	52 254	38 453	16 521
Sonstige Steuern und steuerähnliche Ein- nahmen	38 913	2 308	3 933	10 871	7 135	8 599	4 219	-	1 848
Insgesamt ...	587 175	16 008	40 267	282 575	28 819	104 174	56 473	40 490	18 369

1) Bei Kreisangehörigen Gemeinden: Einschl. Landeshaupt-
stadt Saarbrücken; Landkreise: einschl. Stadtverband
Saarbrücken.

a) Einschl. 3 511 (000) DM der Verbandsgemeinden.

**5 Kassenmäßige Steuereinnahmen der kreisangehörigen Gemeinden n a c h der Steuerverteilung
im Jahr 1985 nach Ländern bzw. Steuerarten**

1 000 DM

Land Steuerart	Kreisangehörige Gemeinden		
	insgesamt	mit 10 000 und mehr	mit weniger als 10 000
		Einwohnern	
Schleswig-Holstein	1 383 702	728 169	655 533
Niedersachsen	4 053 367	2 888 721	1 164 646
Nordrhein-Westfalen	7 950 650	7 602 904	347 746
Hessen	3 455 306	2 543 043	912 263
Rheinland-Pfalz	1 935 719	537 164	1 398 551
Baden-Württemberg	7 249 031	4 690 850	2 558 181
Bayern	5 801 225	2 317 149	3 484 075
Saarland	730 862	678 825	52 037
Bundesgebiet ...	32 559 862	21 986 825	10 573 032
davon:			
Grundsteuer A	418 080	122 268	295 811
Grundsteuer B	3 586 001	2 395 191	1 190 805
Gewerbsteuer	14 543 764	10 542 690	4 001 075
Gewerbsteuerumlage (Ausgabe)	2 366 980	1 678 819	688 160
Gemeindeanteil an der Lohn- und ver- anlagten Einkommensteuer	16 075 628	10 413 109	5 662 519
Übrige Gemeindesteuern	303 369	192 386	110 982

6 Ausgewählte Zeitreihen

6.1 Entwicklung der volkswirtschaftlichen Steuerquote 1981 bis 1985

Jahr	Bruttosozial- produkt 1)	Steueraufkommen insgesamt 2)	
		Mrd. DM	in % des Brutto- sozialprodukts
1981	1 545,1	370,3	24,0
1982	1 597,1	378,7	23,7
1983	1 675,8	396,5	23,7
1984	1 753,7	414,6	23,6
1985	1 837,5	437,1	23,8

1) Ab 1983 vorläufiges Ergebnis.

2) Ohne Lastenausgleichsabgaben.

6.2 Entwicklung ausgewählter Steuerarten in den einzelnen Vierteljahren 1985

§

Steuerart	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahresvierteljahr in %			
	1.	2.	3.	4.
	Vierteljahr			
Lohnsteuer	+ 4,6	+ 9,8	+ 9,1	+ 9,3
Veranlagte Einkommensteuer	+ 7,3	+ 3,5	+ 11,2	+ 10,4
Kapitalertragsteuer	- 7,2	+ 16,2	+ 14,8	+ 23,6
Körperschaftsteuer	+ 20,0	+ 21,6	+ 40,9	+ 6,5
Umsatzsteuer	- 7,4	- 11,8	- 10,8	+ 0,1
Einfuhrumsatzsteuer	+ 5,1	+ 8,5	+ 7,8	+ 3,6
Gesellschaftsteuer	+ 8,0	- 3,8	+ 12,7	+ 67,0
Versicherungsteuer	+ 12,0	+ 4,5	+ 7,5	+ 8,1
Wechselsteuer	+ 1,8	+ 15,7	- 14,1	- 5,5
Zölle	+ 2,6	+ 10,1	- 0,5	- 5,3
Tabaksteuer	- 2,6	+ 3,9	- 0,0	- 1,0
Kaffaesteuer	- 6,9	+ 18,5	- 7,5	- 2,1
Branntweinabgaben	- 10,2	+ 8,2	- 1,7	- 3,4
Schaumweinsteuer	- 5,0	+ 0,3	+ 2,6	- 2,5
Mineralölsteuer	+ 0,2	- 0,8	+ 4,4	+ 3,1
Biersteuer	- 1,8	+ 1,1	- 0,7	+ 1,0
Vermögensteuer	- 3,9	- 3,5	- 4,4	- 6,5
Erbschaftsteuer	- 17,1	- 5,0	+ 8,3	+ 3,2
Kraftfahrzeugsteuer	+ 3,6	+ 9,4	- 5,5	- 5,1
Rennwett- u. Lotteriesteuer	+ 3,7	+ 7,0	+ 17,2	+ 13,6
Feuerschutzsteuer	+ 8,4	+ 11,1	+ 1,8	+ 7,5
Grunderwerbsteuer ¹⁾	- 12,5	- 6,6	- 6,2	+ 9,5
Gewerbsteuer	+ 2,3	+ 9,2	+ 11,4	+ 11,8
Grundsteuer B	+ 4,1	+ 4,1	+ 4,3	+ 2,7

1) Staatliche und kommunale Anteile, siehe Textteil, Pkt. 2.5.

6 Ausgewählte Zeitreihen

6.3 Aus dem Lohnsteueraufkommen geleistete Beträge 1976 bis 1985

Mrd. DM

Jahr	Arbeitnehmer- sparzulage (3. Vermögens- bildungsgesetz) ¹⁾	Arbeitnehmer- zulage (Berlinförderungs- gesetz)	Bergmanns- prämien	Erstattungen im Lohnsteuer- Jahres- ausgleich ²⁾
1976	3,00	1,72	0,11	5,48
1977	3,10	1,75	0,11	5,87
1978	3,16	1,85	0,11	6,19
1979	3,10	1,90	0,11	6,05
1980	3,30	2,25	0,17	5,86
1981	3,37	2,35	0,23	6,90
1982	1,90	2,35	0,24	6,78
1983	1,90	2,35	0,22	6,43
1984	1,95	2,45	0,24	5,92
1985	2,10	2,60	0,23	5,79

1) Hochrechnung des Bundesministeriums der Finanzen.

2) Soweit Angaben vorhanden.

6.4 Aus dem ESt-Aufkommen geleistete Erstattungen an Lohnsteuerpflichtige nach § 46 EStG 1976 bis 1985

Jahr	Mrd. DM	Jahr	Mrd. DM
1976	4,09	1981	10,39
1977	5,13	1982	11,87
1978	6,04	1983	12,94
1979	6,86	1984	14,20
1980	8,12	1985	15,25

6.5 Investitionszulagen*) 1976 bis 1985

Mill. DM

Jahr	Aus dem Aufkommen an					
	veranlagter Einkommensteuer			Körperschaftsteuer		
	geleistet					
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter	
		§ 4a	§ 4b		§ 4a	§ 4b
		InvZulG 1975			InvZulG 1975	
1976	2 588	11	2 239	2 741	17	1 965
1977	2 011	5	1 649	2 858	48	2 093
1978	805	4	474	1 355	61	679
1979	447	2	66	1 018	67	296
1980	508	4	14	941	78	48
1981	614	11	5	1 224	94	- 4
1982	565	28	7	1 214	154	6
1983	1 366	13	839	1 797	219	508
1984	2 562	23	2 027	3 505	255	2 066
1985	1 514	15	986	2 587	207	1 166

*) Gemäß Investitionszulagengesetz und § 19 Berlinförderungsgesetz; ab Berichtsjahr 1975 einschl. Zulagen nach dem Investitionszulagengesetz 1975 (§ 4a: Zulagen

für bestimmte Investitionen im Bereich der Energieerzeugung und -verteilung, § 4b: Zulagen zur Konjunkturbelebung).

Fachserie 14:

Finanzen und Steuern

Reihe 1: Haushaltsansätze

Ab Berichtsjahr 1981 eingestellt (nur noch Kommentierung in „Wirtschaft und Statistik“).

Reihe 2: Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte

Der vierteljährliche Bericht gliedert die kassenmäßigen Ausgaben und Einnahmen von Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden nach Arten und Körperschaftsgruppen. Darüber hinaus werden die Ausgaben für Baumaßnahmen nach ausgewählten Aufgabenbereichen aufgeschlüsselt; die kassenmäßigen Steuereinnahmen und der Schuldenstand der Gebietskörperschaften sind in gesonderten Übersichten dargestellt.

In dem Bericht für das 2., 3. und 4. Vierteljahr werden auch kumulierte Ergebnisse (Halbjahr, Dreivierteljahr, Jahr) veröffentlicht.

Reihe 3: Rechnungsergebnisse

In dieser Reihe erscheinen jährlich nach Aufgabenbereichen, Ausgabe-/Einnahmearten und Ländern gegliederte Berichte über die Rechnungsergebnisse

des öffentlichen Gesamthaushalts (3.1), der staatlichen Haushalte (3.2) (ab Berichtsjahr 1980 als Arbeitsunterlage direkt vom Statistischen Bundesamt erhältlich.) und der kommunalen Haushalte (3.3).

Daneben erfolgt für einzelne wichtige Aufgabenbereiche eine tiefere funktionale Aufgliederung der Jahresrechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte, und zwar für

Bildung, Wissenschaft und Kultur (3.4), Soziale Sicherung und Gesundheit, Sport, Erholung (3.5), Verkehr und Nachrichtenwesen (3.7), (ab Berichtsjahr 1980 eingestellt, zum Teil in Reihe 3.1 enthalten), Wirtschaftsförderung (3.8). (Berichtsjahr 1979 als Arbeitsunterlage direkt vom Statistischen Bundesamt erhältlich; weitere Berichterstattung eingestellt.)

Veröffentlichung von Ergebnissen der Hochschulfinanzstatistik siehe Fachserie 11, Reihe 4.5.

Reihe 4: Steuerhaushalt

Die vierteljährlichen Berichte (4. Vierteljahr mit Jahresergebnis) enthalten Angaben über die kassenmäßigen Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ländern und Steuerarten sowie über die Verteilung im Rahmen des Steuerverbundes. Zum Jahresergebnis werden ergänzend methodische Erläuterungen mit Hinweisen auf Zahlungsweise, Zahlungstermine und Tarife der ergebnisgebenden Steuern gebracht.

Reihe 4.S: Sonderbeiträge

Reihe 4.S.1: Kassenmäßige Steuereinnahmen 1967 bis 1976

Dieser Bericht enthält für die Jahre 1967 bis 1976 nach Ländern gegliederte Angaben über das jährliche Aufkommen an Einzelsteuern und deren Verteilung auf die Körperschaften Bund, (Europäische Gemeinschaften) Länder und Gemeinden/Gv. Für den gemeindlichen Bereich sind die Daten darüber hinaus nach kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden und Landkreisen unterteilt. In langen Reihen wird ein Überblick über die Einnahmeentwicklung seit 1950 gegeben.

Reihe 5: Schulden der öffentlichen Haushalte

In der jährlichen Veröffentlichung werden Angaben über den Stand der Schulden von Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden, Zweckverbänden und sonstigen juristischen Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit nach Arten und Fälligkeit sowie über Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen dieser Körperschaften gebracht. Außerdem werden die Schuldenaufnahmen und Tilgungen nachgewiesen.

Reihe 6: Personal des öffentlichen Dienstes

Für den Stichtag 30. Juni werden jährlich Angaben über den Personalstand von Bund, Ländern, Gemeinden/Gemeindeverbänden, kommunalen Zweckverbänden, sowie der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost (unmittelbarer öffentlicher Dienst) u.a. nach dem Dienstverhältnis veröffentlicht. Ferner werden Daten über das Personal der Bundesanstalt für Arbeit, der Sozialversicherungsträger und der Träger der Zusatzversorgung (mittelbarer öffentlicher Dienst), der rechtlich selbständigen öffentlichen Verkehrs- und Versorgungsunternehmen und der sonstigen juristischen Personen mit überwiegend öffentlicher Finanzierung nachgewiesen. Über die Empfänger von Versorgungsbezügen nach beamtenrechtlichen Vorschriften werden Eckzahlen dargestellt. In jedem dritten bzw. neunten Jahr enthält die Veröffentlichung zusätzliche Merkmalskombinationen, die nur in dieser Periodizität erhoben werden.

Reihe 7: Einkommen- und Vermögensteuer

In dreijährlicher Folge werden – unter Auswertung der steuerlichen Veranlagungsergebnisse – folgende Steuerstatistiken herausgegeben:

7.1 Einkommensteuer

Der Bericht gibt Aufschlüsse über die Höhe und Struktur der Einkünfte, die Besteuerung des erfaßten Einkommens sowie über Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen und Sondervergünstigungen der zur Einkommensteuer veranlagten natürlichen Personen. Ferner sind die Einkünfte aller Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen in einer steuerlichen Einkommenspyramide dargestellt. Daneben werden aufgrund einheitlicher Gewinnfeststellung die Einkünfte und Sondervergünstigungen von Personengesellschaften/Gemeinschaften nachgewiesen.

7.2 Körperschaftsteuer

Die Veröffentlichung gibt einen Überblick über Höhe, Verteilung und Besteuerung des steuerlich erfaßten Einkommens der Körperschaften. Das Einkommen und die Steuerschuld der Körperschaftsteuerpflichtigen werden u.a. in der Gliederung nach Rechtsformen, Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte und im 6-jährigen Turnus nach Wirtschaftszweigen veröffentlicht.

7.3 Lohnsteuer

Die Angaben in dieser Veröffentlichung beziehen sich auf den Bruttolohn und die Lohnsteuer der veranlagten und nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen in der Gliederung nach Größenklassen des Bruttolohns und der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Steuerklassen und Geschlecht.

7.4 Vermögensteuer

Die Veröffentlichung (Erscheinungsfolge: 3jährlich) enthält Angaben über Zusammensetzung und Höhe des Vermögens der zur Vermögensteuer veranlagten Steuerpflichtigen. Die Schichtung des Vermögens wird für die natürlichen Personen u.a. in Verbindung mit ihrer Beteiligung am Erwerbsterben, und der Haushaltsgröße der Veranlagungsgemeinschaft dargestellt, für die nichtnatürlichen Personen in Verbindung mit Rechtsformen.

7.5 Einheitswerte

7.5.1 Einheitswerte der gewerblichen Betriebe: Der in 3jährlicher Folge erscheinende Bericht vermittelt einen Einblick in Umfang und Struktur des bewerteten Betriebsvermögens. Auf der Grundlage der Vermögensaufstellung zur Ermittlung des Einheitswerts des gewerblichen Betriebs oder des einem freien Beruf dienenden Vermögens wird der nach bewertungsrechtlicher Abgrenzung festgestellte Vermögens- und Kapitalaufbau in tiefer Gliederung nach Wirtschaftszweigen sowie nach Rechtsformen und Einheitswertgruppen nachgewiesen.

Reihe 8: Umsatzsteuer

Die zweijährlich erscheinende Veröffentlichung enthält Angaben über Steuerpflichtige, steuerbaren Umsatz und Umsatzsteuer in tiefer Gliederung nach Wirtschaftszweigen, z. T. kombiniert mit Umsatzgrößenklassen und Rechtsformen. Ferner werden u. a. Angaben über steuerfreie und steuerpflichtige Umsätze (nach Art der Steuersätze), über Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer und abziehbare Vorsteuer gemacht. Darüber hinaus erfolgt der Nachweis der Steuerpflichtigen, des Umsatzes und der Umsatzsteuer nach kreisfreien Städten und Landkreisen.

Reihe 9: Verbrauchsteuern

9.1 Tabaksteuer

9.1.1 Absatz von Tabakwaren und Zigarettenhüllen (vierteljährlich). Im Bericht für das 4. Vierteljahr wird auch das Jahresergebnis veröffentlicht.

9.1.2 Tabakgewerbe (jährlich). Mit einem Überblick über Herstellung, Einfuhr und Absatz von Tabakwaren.

9.2 Biersteuer

9.2.1 Absatz von Bier (monatlich). In den Berichten für September und Dezember wird auch das Ergebnis für das Braujahr (1.10. – 30.9.) bzw. Kalenderjahr veröffentlicht.

9.2.2 Brauwirtschaft (jährlich). Mit Angaben über Braustätten und ihre Erzeugung.

9.3 Mineralölsteuer

Der jährlich erscheinende Bericht bringt Nachweisungen über die versteuerten Mengen und die Verwendung von steuerbegünstigtem Mineralöl.

9.4 Branntweinmonopol

In jährlicher Folge werden Brennereien, Alkoholerzeugung und -absatz, Ein- und Ausfuhr von Branntwein und Branntweinerzeugnissen sowie Einnahmen aus dem Branntweinmonopol nachgewiesen.

9.5 Schaumweinsteuer

Der Jahresbericht enthält Angaben über die Schaumweinhersteller, ihren Absatz sowie über das Steuersoll.

9.6 Kleinere Verbrauchsteuern

Je ein Bericht wird jährlich über die Besteuerung von Salz und Zucker veröffentlicht.

Reihe 10: Realsteuern

10.1 Realsteuervergleich

Der jährliche Bericht umfaßt Angaben über Istaufkommen, Grundbeträge, gewogene Durchschnittsbesätze und Hebesatzsteuerung bei den einzelnen Realsteuern sowie über den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und die an Bund und Länder abgeführte Gewerbesteuerumlage. Außerdem werden Steuerkraftberechnungen für die einzelnen kreisfreien Städte, die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 Einwohnern und mehr und die nach Landkreisen zusammengefaßten kreisangehörigen Gemeinden veröffentlicht.



STATISTISCHES BUNDESAMT
GUSTAV-STRESEMANN-RING 11
6200 WIESBADEN 1

Veröffentlichungen und Prospekte sind durch den Verlag W.Kohlhammer GmbH, Philipp-Reis-Straße 3, Postfach 4211 20, 6500 Mainz 42, Tel. (061 31) 5 90 94/95, erhältlich.